

# Das Parlament

Berlin, 20. Juli 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 30-32 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Zwischen den Fronten

**Tedros Adhanom Ghebreyesus** Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie steht der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht nur oft im Rampenlicht, sondern auch in der Kritik. Der Äthiopier, der die WHO seit 2017 leitet, ist Biologe und Immunologe. Insbesondere die US-Administration wirft dem früheren Außen- und Gesundheitsminister Äthiopiens vor, von China beeinflusst zu sein. So habe er Chinas Krisenmanagement gelobt, obwohl dort wichtige Informationen über das Virus zurückgehalten würden. Auch habe die WHO zu spät auf die Coronakrise reagiert und falsche Empfehlungen gegeben. Die WHO hatte am 30. Januar eine „gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite“ ausgerufen. Die USA haben zum 6. Juli 2021 ihren Austritt aus der WHO angekündigt. **pk**



**ZAHL DER WOCHE**

**13,575**

Millionen bestätigte Covid-19-Fälle hat die Weltgesundheitsorganisation bislang registriert. Die Zahl der Todesfälle gibt die WHO mit 584.940 an. Zuletzt stieg die Zahl der täglichen Neuinfektionen rasant an: Sie lag vergangenen Freitag bei 196.305.

**ZITAT DER WOCHE**

**»Es ist halt grad nicht die Zeit dafür.«**

**Jens Spahn (CDU)**, Bundesgesundheitsminister, sieht sich selbst nicht als „Spaßverderber oder Feierverschärfer“, warnt aber allzu hedonistische Partywillige angesichts der anhaltenden Pandemie vor den viralen Gefahren.

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA Kettenreaktion** In der Krise wird neu über Lieferketten nachgedacht **Seite 5**
- Im Zentrum** Der befürchtete Ansturm auf die Krankenhäuser blieb aus **Seite 6**
- Tiefe Einschnitte** Der Rechtsstaat in Zeiten der Pandemie **Seite 8**
- Globale Krise** Eindrücke aus Schweden, Kenia, China und Brasilien **Seite 11**
- Impfstoff-Behörde** Das Paul-Ehrlich-Institut in Langen **Seite 12**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Die Macht der Solidarität

**CORONA-PANDEMIE** Der Konsens bröckelt, jetzt ist kluges Konfliktmanagement gefragt

Die erste Welle der Pandemie liegt also hinter uns. Während wir in dieser Zeit viel über Viren und ihre Ausbreitung erfahren haben, hat uns auch ein gesellschaftliches Phänomen erstaunt: Die umfassende Solidarität, die sich in den ersten Wochen der Pandemie ausbreitete. Lokal bildeten sich Nachbarschaftshilfen, national erklärten Ethikrat und Bundesregierung Solidarität zum Schlüssel der Krisenbewältigung, und international agiert die Europäische Kommission mit der Maxime „European Solidarity in Action“. Im Unterschied zu Finanz- und „Flüchtlingskrise“ entfaltet die Solidaritätsappelle und -bekundungen in der Corona-Krise damit eine kohäsive Kraft, die sie in vorangegangenen Krisen nie erreicht haben. Ein Grund für diese besondere Qualität liegt darin, dass die Solidarität in der Corona-Krise auf eine äußere Gefahr reagierte, während es in den vorangegangenen Krisen um innergesellschaftliche Verteilungs- und Wertekonflikte ging. Kommt aber die Bedrohung von außen und betrifft zunächst einmal alle, entfalten Solidaritätsappelle eine größere Wirkung, so wie man es auch in Kriegen und Naturkatastrophen beobachten kann. Schon der klassische Republikanismus kam daher zu dem Schluss, dass derlei Ereignisse trotz ihrer immensen Kosten gelegentlich einen positiven Effekt für die Republik haben können, weil sie die Gemeinschaft der Bürger neu beleben. Diese Idee ist uns auch bekannt, denn die ersten Wochen der Krise ließen eine neue, solidarischere Gesellschaft greifbar werden. Könnte ausgerechnet Corona ihr den Weg ebnen? Am Ende der ersten Welle darf man aus mehreren Gründen skeptisch sein.

**Soziale Kontrolle** Zunächst hat sich die Solidarität in Deutschland aber als ein effektiver Krisenbewältigungsmodus erwiesen: Verbunden durch die gemeinsame virale Bedrohung hat das Mitgefühl mit anderen Menschen zu Abstand und Hilfsangeboten motiviert. Dadurch hatte Solidarität nicht nur einen Anteil daran, dass die Infektionszahlen so früh sanken; sie stärkte auch die emotionale Unterstützung für die Maßnahmen, weil sie physische Distanz und soziale Nähe miteinander verbinden konnte. Diese Quadratur des Kreises gelingt, weil Solidarität stets zwei Elemente zusammenführt. Sie beruht sich auf ein gemeinsames Gefühl der Zusammengehörigkeit, das sich aus einer Situation kollektiver Bedrohung oder geteilten Leids speisen kann. Nicht ohne Grund verwies man in Frankreich und Großbritannien auf historische Momente wie den Kampf gegen Nazi-Deutschland, um die Solidarität anzuregen. Im „Kampf“ gegen das Virus entstand so erneut der Eindruck einer Schicksals- und Leidengemeinschaft. Aus diesem Zusammengehörigkeitsgefühl leitet Solidarität dann eine moralische Pflicht gegenüber dieser Gemeinschaft ab, die dem Einzelnen auch Opfer abverlangen kann. Aus Mit-Leid wird ein moralischer Imperativ, an dem sich individuelles Handeln orientiert: #stayathome. Auf diese Weise etabliert Solidarität eine Art zivilgesellschaftlicher Selbstkontrolle. Sie motiviert zunächst einmal Eigeninitiative. So erinnern wir uns daran, dass zahllose Menschen selbstgenähte Masken zur Verfügung stellten, als der Markt der Medizinprodukte versagte. Darüber hinaus sorgt Solidarität aber auch für eine wechselseitige Kontrolle in der Gemeinschaft, die das Verhalten der anderen auf den solidarischen Imperativ prüft. So wurden diejenigen, die sich in Intensivpflege oder Kita-Betreuung um die solidarische Gemeinschaft verdient machten, zu neuen Heldinnen und Helden erklärt. Gleichzeitig musste unsolidarisches Verhalten mit sozialer Ächtung und Denunziati-



Unverzichtbares Accessoire und getragene Solidarität: Der einfache Mund-Nasen-Schutz dient vor allem dem Schutz anderer vor dem Virus. © picture-alliance/Wolfram Steinberg

on rechnen. Wer den Mindestabstand verletzte, wurde angefeindet, die Zahl der Anzeigen schnellte in die Höhe, und Urlaubern aus Risikogebieten wird zu verstehen gegeben, dass sie nicht willkommen sind. Wie der Journalist Felix Lill berichtete, gibt es in Japan dafür ein eigenes Wort: Selbstbeherschungspolizei. In der solidarischen Gemeinschaft wird also konformes Verhalten prämiert, während abweichendes Verhalten sanktioniert wird. Und auch hier fördert das gute Gefühl, im Namen der Gemeinschaft für die moralisch richtige Sache einzutreten, die Eigeninitiative. Der Soziologe Richard Sennett nennt dies die „perverse Macht der Solidarität“. Denn in seinen Augen führt Solidarität in erster Linie dazu, dass das Fremde und Andersartige, dass alternative Lebensentwürfe ausgeschlossen und sogar bekämpft werden. Andere Kommentare haben zurecht darauf hingewiesen, dass Corona vor allem nationale Solidarität förderte, anderes Leid aber schlicht ignoriert wurde. Das große Versprechen der Solidarität, soziale Einheit mit moralischer Integrität zu verbinden, hat stets Schattenseiten.

**Das große Versprechen der Solidarität hat stets Schattenseiten.**

**Staatliche Herausforderungen** Zu unserer Erfahrung gehört aber auch, dass diese Form zivilgesellschaftlicher Selbstkontrolle einen großen Vorteil für das Pandemiemanagement des demokratischen Rechtsstaats hat. Denn wenn man im Pandemiefall der Gesundheit den höchsten Stellenwert ein-

räumt, dann muss man die zahllosen Handlungsmöglichkeiten moderner Gesellschaften radikal beschränken. Eine solche Verhaltensanpassung kann der demokratische Rechtsstaat nicht mit Gewalt erzwingen, ohne ins Autoritäre zu kippen und damit die Loyalität seiner Bürgerinnen und Bürger zu verspielen. Es ist daher richtig, wenn der Virologe Christian Drosten daran erinnert, dass die Gesundheitsbehörden in der Pandemiebekämpfung auf die Unterstützung und den Konsens der Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind. Genau das stellte Solidarität während der ersten Corona-Welle bereit: Sie erschloss eine andere Quelle der Verhaltenssteuerung, nämlich kollektive Moralität – und entlastete damit den Rechtsstaat. Drostens Appell beruht aber natürlich auf dem Wissen, dass dieser Konsens längst bröckelt. Die „gesamtschaftliche“ Solidarität zerfiel nach kurzer Zeit. Erst sank die Bereitschaft, Freunde und Familie nicht mehr zu treffen, dann auch der Anteil derjenigen, die Masken in Bussen und Bahnen trugen. Der Staat muss dann andere Steuerungsmittel einsetzen, um sich die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu sichern, etwa zwangsbewehrtes Recht (also Bußgelder) oder Geld (also Finanzhilfen). Die Erosion der Solidarität war letztlich absehbar. Erstens braucht praktische Solidarität ein hohes Maß an Emotionalität bei den Menschen, das auf Dauer schwierig

zu halten ist. Statt sich um Ansteckungsrisiken Sorgen zu machen, stellt sich eine neue Indifferenz ein. Komplementär dazu haben wir uns die Vielfalt an Aufgaben und Möglichkeiten in modernen Gesellschaften derart einverleibt, dass wir zwar bereit sein mögen, sie ruhen zu lassen, nicht aber sie aufzugeben. Schließlich sind Demokratien institutionell angelegt, sodass sich jemand finden musste, der eine Öffnungsperspektive anbietet – und sie es, um damit Stimmen zu gewinnen.

Mit der Erosion der Solidarität treten gesellschaftliche Konflikte wieder stärker hervor, etwa um die Kita-Öffnung oder eine erneute „Abwrackprämie“. Es zeigt sich auch, dass die Einstufung „systemrelevanter“ Berufe auch nur systemrelativ war: Jetzt wo andere soziale Systeme wieder Fahrt aufnehmen, geraten die Leistungen der Krankenpfleger und Erzieherinnen in Vergessenheit. Und es wird deutlich, dass keineswegs alle gleich von der Pandemie betroffen sind. Solidarität ist in diesen Fragen ein zweischneidiges Schwert: Einerseits schiebt sie sozialen Wandel an, andererseits kann sie aber auch die Polarisierung von Konflikten befördern, wenn sich die gegenüberstehenden Gruppierungen jeweils moralisch im Recht fühlen.

**Zentrale Aufgabe** Ein kluges Konfliktmanagement wird daher eine zentrale Aufgabe der kommenden Monate sein. Es wird entscheiden, ob sich zumindest an manchen Ungerechtigkeiten etwas ändert. Und ob sich die Spaltungen in den westlichen Gesellschaften noch weiter vertiefen. Dabei kann es nicht darauf hoffen, dass sich die Pluralität der Meinungen in einem einheitlichen Gefühl der Solidarität auflöst. Neuer sozialer Zusammenhalt wird nur möglich sein, wenn alle Seiten Konflikte einkalkulieren. **Vincent August**

Der Autor forscht an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist Mit-Herausgeber von *theorieblog.de*.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**EDITORIAL**

## Corona ist überall

VON JÖRG BIALLAS

Auch wenn die Ansteckungsgefahr in den vergangenen Wochen deutlich gesunken ist: Die Corona-Pandemie ist längst nicht vorüber. Wie schnell vermeintlich beherrschbare Infektionsraten in erschütterndes Massensterben umschlagen können, ist weltweit vielfach zu beobachten. Beleg dafür, dass es fahrlässig wäre, die hierzulande kaum noch einschränkenden Schutzbestimmungen weiter zu lockern. Ohnehin wiegen die Corona-Folgen in Privat- oder Berufsleben schwerer als Maskenpflicht und Abstandsgebot. Die Auftragsbücher vieler Firmen sind leer, Handwerker und Kleinbetriebe bangen um die Existenz, Industrieunternehmen warten auf ein Anspringen der Konjunktur, Arbeitnehmer fürchten weiter um ihre Jobs. Hinzu kommt, dass Corona auch zu Hause das Dasein bestimmt. Plötzlich verordnete Nähe in den eigenen vier Wänden hat manche Familie vor ungeahnte Herausforderungen gestellt; Konflikte zwischen Eltern und Kindern haben zugenommen; der häusliche Alkoholkonsum ist gestiegen, ebenso die Scheidungsrate. Kurzum: Corona ist überall. Aber diese Pandemie hat auch gezeigt, dass es um das Vertrauen in den Staat besser bestellt ist, als zu vermuten war. Von einzelnen ungeschickten Alleingängen abgesehen, haben Regierungen und Parlamente in Bund wie Ländern von Anfang an den Eindruck vermittelt, Corona und den absehbaren Folgen mit aller Kraft entgegenzutreten. Dieser Wille wird in der Bevölkerung durchaus anerkannt. Daran ändert auch eine überschaubare Gruppe von Verschwörungstheoretikern nichts, die mit einfühligen Parolen nach Kräften die eigene Lächerlichkeit beweist. Corona hat gezeigt, wie wichtig klare politische Vorgaben sind, um das Virus einzudämmen. Umgekehrt gibt es mannigfaltige Beispiele dafür, dass wankelmütiges Handeln oder gar ein Verleugern der Infektionsgefahr unmittelbar in den Tod führen. Wie in den USA, wie in Brasilien und anderswo. Gelänge es, eine zweite Infektionswelle zu verhindern oder zumindest überschaubar zu gestalten, wäre das ein großer Erfolg. Zumal in der Urlaubszeit, wenn mit den Sommerfrischlern auch das Virus auf Reisen geht. Ein Grund mehr also, vorsichtig zu sein und die Vorsorge ernst zu nehmen.



Sonniger Feier-Egoismus? Eine partyartige Wasserdemo in Berlin zur Rettung der Rave-Kultur stieß vor einigen Wochen auf breites Unverständnis. © picture alliance/Eventpress

GASTKOMMENTARE

HAT SICH UNSER GESUNDHEITSSYSTEM BEWÄHRT?

Robust und effizient

PRO



Eva Quadbeck, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Deutschland weist im internationalen Vergleich die geringste Todesrate von Corona-Infizierten auf. Während der gesamten Krise gab es in den Kliniken mehr Intensiv-Kapazitäten, als für Covid-19-Patienten benötigt wurden. Es konnten sogar Patienten aus anderen europäischen Ländern aufgenommen und versorgt werden. Keine Frage, das deutsche Gesundheitssystem hat sich in der Corona-Krise bewährt. Zur Wahrheit gehört, dass ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem auf eine politische Führung und eine Bevölkerung getroffen ist, die sich dem Virus gegenüber weitgehend rational verhalten haben. Insbesondere die Kliniken haben in der harten Phase der Pandemie eine hohe Flexibilität an den Tag gelegt, indem Beatmungsgeräte aus verschiedenen Bereichen zusammengezogen und teilweise bereits ausrangierte Geräte wieder in Betrieb genommen wurden. Zugleich haben die Krankenhäuser – ausgestattet mit Geld vom Staat – aufschiebende Operationen verlegt. Kurzum: In der Corona-Krise hat sich das deutsche Gesundheitssystem als robust und effizient erwiesen.

Der Befund sollte aber nicht Anlass geben, sich entspannt zurückzulehnen. Die Klinik-Landschaft wartet weiter darauf, dass sich die einzelnen Krankenhäuser stärker spezialisieren, um die Qualität zu steigern und die Kosten im Zaum halten. Die Corona-Krise hat ein Schlaglicht darauf geworfen, an welchen Punkten nachgebessert werden muss. An erster Stelle sind das die Pandemie-Pläne zu nennen. In der Theorie waren sie nicht schlecht, aber in der Praxis haben sich Bund und Länder nicht um ihre Umsetzung und Einhaltung gekümmert. Dieses Defizit ist erkannt und es ist wirklich kein Hexenwerk, die Lücke zu schließen.

Mehr Zeit als Glück

CONTRA



Guido Bohsem, »Neue Berliner Redaktionsgesellschaft«

Immer wieder, so der Gesundheitsminister, wollten ausländische Kollegen wissen, wie Deutschland mit so wenigen Toten durch die Corona-Krise gekommen ist. Darauf könnten die Bundesbürger stolz sein, meint Jens Spahn (CDU). Und es stimmt: Gemessen an den Zahlen ist die Bundesrepublik glimpflich davon gekommen. Warum das tatsächlich so war, muss dringend untersucht und ausgewertet werden. Nur sei jeder gewarnt, der dies ausschließlich auf das „hervorragende Gesundheitssystem“ zurückführt. Viel spricht dafür, dass die Krise auch so gut gemeistert werden konnte, weil Politik, Ärzteschaft, Kliniken und Apotheken die entscheidenden zwei Wochen mehr Zeit hatten, sich darauf vorzubereiten. Die Bilder und Berichte aus Italien haben auch dem letzten Verantwortlichen klar gemacht, dass es sich um eine echte Krise handelt und keine Zeit im Verzug ist. Das hat gut funktioniert. Ein Irrglaube wäre es, die Corona-Erfahrung als Beleg zu nehmen, dass das Gesundheitssystem ausreichend gut funktioniert. Es geht immer noch besser. Noch fehlt der Kliniklandschaft die notwendige Spezialisierung, noch bieten zu viele Häuser dieselbe Operation an, noch arbeiten niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser nicht eng genug zusammen, noch ist die Vernetzung der Kliniken und Fachärzte untereinander unzureichend. Die Gelder im Gesundheitssystem müssen möglichst effizient eingesetzt werden, denn so viel ist klar, auch nach Corona wird die Gesundheitsversorgung nicht vom Himmel fallen. Weil es aber keine unbegrenzten Mittel gibt, müssen sie so eingesetzt werden, dass sie möglichst vielen Patienten zugutekommen. Daran gilt es auch weiter zu arbeiten.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 12. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Baehrens, am 27. Januar 2020 ist in Deutschland die erste Coronainfektion nachgewiesen worden. Wann haben Sie gemerkt, dass da etwas Großes heranzieht?

Wir haben das schon in den Ausschussberatungen im Januar gemerkt, als wir bei den Experten vom Robert-Koch-Institut eine große Besorgnis spürten. Wir hatten aber den Eindruck, wir sind noch weit weg von den Ereignissen. Es wurde schon über recht hohe Zahlen in China berichtet, auch über Todesfälle. Das hat uns alle alarmiert. Wir haben erkannt, das ist kein Virus, das man vernachlässigen kann. Wir hatten aber das Gefühl, wir kriegen das hier durch Quarantäne in den Griff.

Haben Sie mit einem solchen Ausmaß der Pandemie gerechnet?

Ich glaube, niemand hat damit gerechnet. Wir hatten noch nie ein Virus, das sich mit dieser Schnelligkeit über die Welt ausbreitet. Diese Erfahrung gab es nicht, und deshalb haben wir auch nicht vorausgesehen, dass es in eine solche Dimension gehen kann.

Wie gut war Deutschland auf die Coronakrise vorbereitet?

Das ist wahrscheinlich die Schlüsselfrage. Unvorbereitet waren wir, weil wir mit so einem Ausbruch nicht gerechnet hatten. Gut gewappnet waren wir insofern, als sich unser Gesundheitssystem als stabil und funktionsfähig erwiesen hat. Wir haben aber deutliche Schwachpunkte gesehen. Was etwa die Lagerhaltung von Arzneimitteln und persönlicher Schutzausrüstung anbelangt, waren wir überhaupt nicht auf eine solche Krise vorbereitet. Wir waren vor allem nicht darauf vorbereitet, dass die Lieferketten in kürzester Zeit nicht mehr funktionierten. Daraus muss man weitreichende Folgerungen ziehen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) war auch nicht auf diese Herausforderung eingestellt. Wir haben den ÖGD in den vergangenen Jahren zurückgefahren, das erweist sich im Rückblick als Fehler, da werden wir zu grundlegenden Veränderungen kommen müssen. Wir werden den ÖGD personell aufstocken und modernisieren müssen. Da haben wir eine richtige Baustelle.

Was muss sich in den Krankenhäusern ändern?

Wir haben in den Krankenhäusern die Intensivkapazitäten aufgestockt. Es war richtig, Vorsorge zu treffen bei diesem dynamischen Ausbruchsgeschehen. Wir werden sicher dauerhaft die notwendigen Intensivkapazitäten vorhalten müssen. Es nutzt aber nichts, nur Intensivbetten und Beatmungsplätze vorzuhalten, wir brauchen auch das nötige Personal. Die Finanzierung der Krankenhäuser muss so gestaltet werden, dass Personalkapazitäten vorgehalten werden können, die nicht permanent im Einsatz sind. Bisher wird immer alles Spitz auf Knopf gerechnet und nur die Menge an Personal finanziert, die unbedingt notwendig ist. So kann es in Krisenzeiten zu einer totalen Überlastung kommen. Da werden wir gegensteuern müssen.

Was hat Deutschland in der Krise besser gemacht als andere Länder?

Wir haben in einem engen Zusammenspiel von wissenschaftlicher Expertise, Praktikern und Praktikern aus Gesundheitswesen und Politik aus Bund und Ländern beraten, welche Schritte notwendig sind. Richtig war das schrittweise Vorgehen: Denn niemand hätte verstanden, wenn wir zu früh einschneidende Maßnahmen beschlossen hätten. Das sorgfältige Abwägen und permanente Einbeziehen der Virologen und Epidemiologinnen war gut. Wir sind mit unseren wissenschaftlichen Insti-

»Kein normales Virus«

HEIKE BAEHRENS Die SPD-Gesundheitsexpertin zieht eine kritische Zwischenbilanz der Coronakrise und rät zur Wachsamkeit



© SPD-Parteivorstand/Susie Knoll

tutionen wirklich gut aufgestellt und konnten auf deren Expertise vertrauen.

Gab es eine Alternative zu den weitreichenden Kontaktbeschränkungen?

Ich bin überzeugt, dass es richtig war, es so zu machen, auch den Weg zu gehen über das Infektionsschutzgesetz und die Rechtsverordnungen. So konnte die Bundesregierung situationsbezogen zeitnah entscheiden. Ich hätte mir aber ein noch einheitlicheres Vorgehen von Bund und Ländern gewünscht, denn manche Regelung in den Ländern hat bei den Menschen zu einer ge-

wissen Laxheit geführt, da kam das Gefühl auf, es sei nicht mehr so schlimm. Das ist schlecht, weil wir diese Abstands- und Hygieneregeln weiterhin brauchen.

In Pflegeheimen gab es viele Infektionsfälle, wie kam es dazu?

Anfangs hatte kaum jemand im Blick, dass die Pflegeheime und ambulanten Pflegedienste auf persönliche Schutzausrüstung dringend angewiesen sind, weil die Pflegekräfte so nah am Menschen arbeiten. Das war der größte Schwachpunkt. Wir hatten eine Mangelsituation, weil die Lieferketten

zusammengebrochen waren und es keine Vorratshaltung für Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel gab. So kam es in den ersten Monaten in der Pflege zu relativ großen Ausbrüchen. Es ist eine wichtige Erkenntnis, dass Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste sowie pflegende Angehörige in künftige Schutzkonzepte einbezogen und auch vorrangig getestet werden müssen.

International ist die Weltgesundheitsorganisation in die Kritik geraten, weil sie angeblich von China beeinflusst ist. Zu Recht?

Eine Grundsatzkritik halte ich nicht für angemessen. Die WHO ist keine unabhängige Behörde, sondern eine Mitgliedsorganisation der Staatengemeinschaft. Sie kann immer nur so stark sein, wie ihre Mitglieder dies zulassen. Die WHO grundsätzlich infrage zu stellen, halte ich für unverantwortlich – zumal in einer Phase, wo wir noch mitten in der Pandemie stecken. Es gehört nicht zu den Aufgaben der WHO, einzelne Länder vorzuführen, sondern auf Kooperation und konsequente Prävention und Pandemiebekämpfung hinzuwirken. In dieser Situation Anfang des Jahres kam es darauf an, dass China sich nicht abschottet, sondern informiert. Ich habe WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus kennengelernt und halte ihn für eine integre Persönlichkeit.

Spielt China mit offenen Karten?

Es besteht ein gemeinsames Interesse, das Virus zu bekämpfen. Mein Eindruck ist, dass China nach anfänglichen Schwierigkeiten inzwischen gut mit der WHO kooperiert. Wir müssen insgesamt dagegen steuern, wenn Fragen der globalen Gesundheit politisiert werden und die WHO zum Schauplatz geopolitischer Auseinandersetzungen wird.

Würden Sie für Deutschland Entwarnung geben?

Für eine Entwarnung ist es viel zu früh. Wir müssen weiter sehr aufmerksam sein, gerade jetzt, wo viele Menschen wieder auf Reisen sind. Wir müssen die Infektionszahlen weiter drücken, auch wenn täglich nur noch 200 oder 300 Neuinfektionen gemeldet werden. Solange wir nur in begrenztem Umfang Medikamente haben und ein Impfstoff nicht absehbar ist, müssen wir alle notwendigen Präventionsmaßnahmen ergreifen. Es muss für uns selbstverständlicher werden, die Schutzvorkehrungen zu praktizieren.

Wagen Sie eine Prognose, wann wird die Krise überstanden haben?

Nein, das wage ich nicht, weil wir mit so einer großen Pandemie noch keine Erfahrungen haben. Es hängt auch davon ab, wie es gelingt, international damit umzugehen, denn es macht mir große Sorge zu sehen, was sich gerade in Afrika und generell in den armen Ländern dieser Welt entwickelt, die mit ihren Gesundheitssystemen auf diese Herausforderung nicht eingestellt sind. Wir müssen mithelfen, dass auch in diesen Ländern eine Corona-Prävention möglich wird. Jetzt ist weltweite Solidarität gefragt.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld.

Heike Baehrens (SPD) ist Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages und Vorsitzende des Unterausschusses Globale Gesundheit.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Infektiologe: Andrew Ullmann

Stand Anfang Juli gab es in Deutschland gut 9.000 Corona-Tote. 200.000 Menschen hatten sich mit dem Virus infiziert. Mal ehrlich Herr Ullmann – war das Runterfahren der Wirtschaft, war der Lockdown tatsächlich nötig? Mit einem klaren „Ja!“ antwortet der FDP-Abgeordnete. „Die relativ harmlosen Zahlen bestätigen doch den Erfolg der getroffenen Maßnahmen“, sagt er, Deutschland, so fügt er hinzu, habe aber auch Glück gehabt, „dass der Virologe Christian Drosten ein Testverfahren entwickelt hat und dass die niedergelassenen Ärzte nahezu altruistisch diese Testungen mitgetragen haben, obwohl es an Schutzkleidung mangelte“. Letzteres hätte wohl vermieden werden können, wäre der Drucksache 17/12051 (siehe Seite 3) mehr Bedeutung beigemessen worden. Die Risikoanalyse unter Federführung des Robert-Koch-Instituts sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. „Darin wurden die Schwächen aufgezeichnet und Gegenmaßnahmen vorgeschlagen, die nicht ergriffen wurden.“ Ergebnis dessen: „Wir waren auf diese Pandemie nicht vorbereitet.“ So weit, so schlecht. Doch der Gesundheitspolitiker – von Beruf Infektiologe – sieht Deutschland auch auf eine zweite Welle, „die es sicher geben wird“, nicht gut vorbereitet. „Wir sollten Resilienztestungen durchführen, inwieweit das Gesundheitswesen, inwieweit die Wirtschaft und auch die Gesellschaft auf eine zweite Welle vorbereitet ist“, regt er an. Da bedürfte es Korrekturen aufgrund der Erfahrungen aus der ersten Welle. Mit einem Stresstest – ähnlich wie bei den Banken – der verschiede-



»Deutschland ist auch auf eine zweite Welle, die es sicher geben wird, nicht gut vorbereitet.«

scheidend dafür, wie Kinder durch den Lockdown kämen, beklagt er. Das sei das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit. Abgesehen davon muss seiner Ansicht nach aber auch die Digitalisierung im Bildungsbereich nach vorne gebracht werden. „Da wurde in den vergangenen Jahren geschlumpft“, resümiert er. Ihm gehe es dabei nicht nur um die Ausstattung der Schulen, sondern vor allem um die Fortbildung von Lehrern und Er-

ziehern. „Wir brauchen eine Ausbildungsinitiative für die Lehrkräfte in dem Bereich.“ Der 57-Jährige, der im sonnigen Kalifornien geboren wurde, weil seine Eltern dort arbeiteten, macht sich zunehmend Sorgen um seine „zweite Heimat“ USA. „Es tut mir im Herzen weh, dieses Land unter der Führung eines Donald Trump zu sehen“, sagt er und fügt hinzu: „Der Bewohner des Weißen Hauses ist aber nicht immer repräsentativ für das amerikanische Volk.“ Mit Blick auf die steigenden Infektionszahlen in den USA kritisiert er, Präsident Trump begreife nicht, „dass die Corona-Krise eine globale und gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist“. Als Heranwachsender kam Ullmann mit seinen Eltern aus Amerika nach Deutschland und war alles andere als begeistert. „Ich empfand Deutschland damals als rückständig und hatte es als „Ami“ in der Schule auch nicht so leicht.“ Eigentlich habe er nach der Schule wieder in die USA gehen wollen. „Doch während des Studiums in Deutschland habe ich mich dann in eine Frau verliebt, die später meine Ehefrau geworden ist.“ Und so blieb der Lebensmittelpunkt Deutschland. Für den Neuling im Bundestag ist es wichtig, dass sich die FDP auch bei den sozialpolitischen Themen – und da gehört die Gesundheitspolitik dazu – breiter aufstellt. „Ich bereue es nicht, nach Berlin gegangen zu sein“, sagt er. Ganz im Gegenteil: „Ich bin politisch noch hungriger geworden und möchte unbedingt noch eine weitere Legislaturperiode hier arbeiten – am liebsten dann auch in Regierungsverantwortung.“ Götz Hausding



Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Rotes

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss  
17. Juli 2020

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Marfelfeld-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unternutzungsrechte können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserservice/Abonnement  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Detschenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail:  
[faizit-com@intime-media-services.de](mailto:faizit-com@intime-media-services.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kristina Pezei (pez)  
Sören Christian Reimer (scr) Cvd  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,  
Anzeigenverwaltung,  
Disposition  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Detschenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail:  
[faizit-com-anzeigen@intime-media-services.de](mailto:faizit-com-anzeigen@intime-media-services.de)

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Vorreiter für eine reaktive Abwehr von Gesundheitsgefahren: der in weite Handelsnetze eingebundene Stadtstaat Venedig. Bereits Ende des 14. Jahrhunderts mussten verdächtige Schiffe in Quarantäne. © picture-alliance/AP Photo

# Prävention statt Reaktion

## GESCHICHTE Was aus dem Umgang mit Pest und Cholera zu lernen ist

**H**ätten wir uns auf die „Corona-Krise“ vorbereiten können? Die Antwort ist einfach: Ja – es gab Pandemiepläne, die sogar mit früheren SARS-Pandemien zusammenhängen. Covid-19 rief aber auch die nahezu ignorierte MERS-Epidemie von 2012 mit einer Sterblichkeit von zirka 40 Prozent in Erinnerung. Manche Virologen befürchten, dass wir es in Zukunft in einem Rhythmus von ungefähr zehn Jahren mit derartigen Pandemien zu tun bekommen werden.

Als das Virus in China zu wüten begann, haben wir zugeschaut. Als das Virus Mitte Februar in Deutschland ankam, rechneten wir – vom RKI über die Bundes- und Landespolitiker bis zu uns selbst – mit einer schwereren Grippeepidemie. Die würden wir mit den klassischen Maßnahmen in den Griff bekommen. Dann wurde Anfang März die schlimmste Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg ausgerufen. Alles Weitere ist bekannt. Die Reaktion auf die Pandemie folgte traditionellen Mustern: Auf das Verleugnen folgte die Panik. Was sind die gesellschaftlichen Beweggründe für dieses Zögern? Einige Antworten könnten sich aus dem Blick in die Geschichte zumindest andeutungsweise geben lassen.

Der „schwarze Tod“, die große europäische Pestepidemie der Jahre ab 1346, löschte ganze Generationen aus. Das Leben in den Familien, in Städten und auf dem Land musste neu geordnet werden. Landwirtschaft, Handwerk, Zünfte, Handel mussten sich gleichsam neu erfinden. Eine Gegenwehr gegen ein solches Ereignis war nicht möglich. Nachdem die Pest in Europa heimisch geworden war, kam es alle zehn bis fünfzehn Jahre zu lokalen Seuchen, die Handel und Wandel innerhalb und zwischen den Städten lahmlegten. Die Handelsstädte des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit begannen mit einer rein reaktiven Abwehr von Gesundheitsgefahren. Vorreiter war der in weite Handelsnetze eingebundene Stadtstaat Venedig. Bereits Ende des 14. Jahrhunderts mussten verdächtige Schiffe so lange auf Reede liegen, bis klar war, dass keine Ansteckungsgefahr von den Passagieren ausging. Der Ausdruck Quarantäne stammt aus dieser Zeit. Aus diesen Maßnahmen entwickelten sich allmählich die bekannten Quarantäne-Anstalten für Menschen und die so genannten Contumaz-Anstalten für Waren.

**Industrialisierung** Mit der Industrialisierung und der nachfolgenden „Verwandlung der Welt“ konnten derartige Maßnahmen, die Handel und Wandel blockierten, nicht mehr hingenommen werden. Deutlich wird dies im 19. Jahrhundert, nachdem die Cholera zu der „skandalisierten Krankheit“ in Europa avanciert war. Die erste Choleraepidemie (1817–1824) erreichte Europa über Land. Die zweite (1826–1841) gelangte bis nach Nordamerika. Die dritte (1852–1860) wütete zwar besonders in Europa, sprang aber wieder nach Nord- und Südamerika über. Die Ursachen für diese Ausbreitung lagen im in-

ternationalen Austausch, und besonders im Schiffsverkehr, der im Zuge der Industrialisierung und des frühen Imperialismus erheblich zugenommen hatte. Die fünfte Pandemie (1883–1896) verursachte unter anderem die Choleraepidemie in Hamburg, die letzte in Deutschland, die immerhin 8.600 Menschen das Leben kostete. Die Industrieregionen sowie der internationale Handel sahen sich durch die Cholera in besonderer Weise herausgefordert: den gesamten Verkehr mit „Seuchen-Cordons“ zum Erliegen bringen? Die infizierten Städte systematisch absperrn? Die Häfen schließen? Das war keine Option mehr in dieser Welt, in der Staaten zunehmend aufeinander angewiesen waren. Dass die neue Seuche mit Schmutz, üblen Abwässern und den dreckigen Armenvierteln zusammenhing, war offenkundig. Hier setzte das Gesundheitswesen an. In England entstand mit dem „sanitary movement“ eine missionarisch gleichermaßen auf das Seelenheil wie auf die körperliche Sauberkeit gerichtete Sanitätsbewegung. In Deutschland wurde Max von Pettenkofer zur Leitfigur der „Hygiene“ und „öffentlichen Gesundheitspflege“. Mit naturwissenschaftlichen Methoden wurden sämtliche Verhältnisse untersucht, die sich auf die Gesundheit der Menschen auswirken können: von der Nahrung über Kleidung, Heizung, Licht-, Wasser- und Bodenverhältnisse bis zur Hygiene der Schulen und Krankenhäuser. Pettenkofer's Methoden der „experimentellen Hygiene“ führten im Verbund mit dem Handlungsdruck, der in den großen Städten und in den neuen Industrieregionen gegeben war, zur modernen Gesundheitstechnik.

Wesentliche Triebfeder dieser Seuchenbekämpfung war die Not der Städte und Regionen in einer vom Austausch abhängigen Welt: Bevor eine Seuche zu einer generellen Blockade führen konnte, musste eine entsprechende Gesundheitsvorsorge wirken. Daraus folgten die unvorstellbar

großen und teuren, präventiv ausgerichteten Investitionen in die gesundheitliche Infrastruktur der Städte wie Wasser-Versorgung- und -Entsorgung, Wohnungswesen, Straßenbau, Gewerbehygiene oder Müllabfuhr. Die präventive Gesundheitssicherung wurde zu einem eigenen Politik-, Wirtschafts- und Verwaltungsfeld.

**Soziale Hygiene** Mit dem Schritt zur hygienischen Infrastruktur gerieten weitere Gesundheitsgefahren in den Blick. Zuerst konnten die epidemischen akuten Infektionskrankheiten durch die horizontal, also breit angelegte, auf alle Gefahren wirkende „Assanierung“ zumindest ansatzweise beherrscht werden. Dann traten die endemischen Infektionskrankheiten in den Blick, unter ihnen vornehmlich Typhus und endemische Durchfallerkrankungen. Letztere waren wiederum die Hauptursache für die sehr hohe Kindersterblichkeit des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Die neuen, von Robert Koch mitentwickelten Ansätze der Bakteriologie ermöglichten, in einem gezielten hygienischen Eingriff Krankheitskeime beziehungsweise gesunde Keimträger ausfindig zu machen, zu isolieren und zu sanieren. Der öffentliche Nutzen der Bakteriologie lag darin, dass viele Maßnahmen speziell und damit vertikal eingreifend ausgerichtet werden konnten. Außerdem wurde in der Folge offenkundig, dass es Menschen gab, die in besonders ungesunden Verhältnissen lebten. So entwickelte sich um die Wende zum 20. Jahrhundert die soziale Hygiene. Sie richtete ihren Blick auf die Krankheiten bestimmter Gruppen der Gesellschaft und deren spezifische, offenbar pathogene Lebensverhältnisse. Die Gesundheitsfürsorge als Praxis der Sozialhygiene fokussierte sich auf zwei Gruppen: zum einen auf die durch Alter, soziale Lage oder Berufstätigkeit besonders gesundheitlich Gefährdeten – darunter vor allem Mütter und Kinder –, zum anderen auf jene, die durch eine (Volks-)Krankheit sich und andere gefährdeten – also etwa Tuberkulose oder Geschlechtskrankheiten. Interventionsfelder waren die chronischen endemischen Infektionskrankheiten als quasi konsumtive Gesundheitsrisiken und die bevölkerungspolitisch investiven Gesundheitsrisiken wie das gesamte Feld von Schwangerschaft und Kindesaufzucht.

**Globales Präventionssystem** Was lehren uns diese historischen Erfahrungen? Die ersten Seuchenzüge der Pest wurden offenbar schicksalhaft hingenommen. Kehten die Seuchen immer wieder und störten nachhaltig den immer wichtiger werdenden gesellschaftlichen Verkehr, wurden sie „skandalisiert“ – egal wie hoch ihre Sterblichkeit wirklich war. Erst mit der Idee der Seuche als öffentlichem „Skandal“ kommt es zu einem regen Austausch zwischen Experten aus der Medizin und den Gesund-

**Störten die Seuchen den globalen Handel nachhaltig, wurden sie skandalisiert.**



Erinnerung an die verheerende Epidemie im 17. Jahrhundert: Pestsäule in Wien

heitswissenschaften im weitesten Sinne und denjenigen, die im öffentlichen Leben Verantwortung tragen: Politiker und Administratoren also. In der Debatte bestimmen am Ende die gesellschaftlichen Kosten die Maßnahmen: „Hätte unsere Stadt zuvor 20 Millionen Mark für eine gesunde Wasserversorgung ausgeben sollen, anstatt jetzt 480 Millionen Mark zu zahlen, um den Schaden durch die Epidemie zu begleichen?“ – das war die Frage, die sich die Bürger Hamburgs nach der Cholera-Epidemie 1892/93 stellen mussten. Im Austausch zwischen Experten und Entscheidern wurden unterschiedliche Maßnahmen entwickelt. Auf den Krankheitsreger zielende, vertikale Interventionen wie etwa Impfungen sind einfach und billig. Horizontale Maßnahmen, die sich gleichermaßen auf gesunde Verhältnisse wie auf gesundes Verhalten richten, sind hingegen langwierig und teuer – und scheitern eventuell an politischen und wirtschaftlichen Widerständen. Horizontale Maßnahmen sind allerdings jene, die auf lange Sicht verhindern, dass Krankheiten entstehen und sich verbreiten können. Was also heißt das für uns heute? Alles beim Alten belassen? Die nächste Coro-

na-Pandemie abwarten? Die vielfach ausgearbeiteten Pandemie-Pläne wieder im Aktenkeller verschwinden lassen? Sicherlich nicht. Notwendig erscheint es, ähnlich dem 19. und 20. Jahrhundert ein weltweites Präventionssystem aufzubauen, das vom möglichen Ursprungsort der Krankheitsreger über den Schutz der internationalen Verkehrswege bis hin zu nationalen, regionalen und kommunalen Vorsorgemaßnahmen reicht. Hierzu gibt es seit geraumer Zeit Vorschläge, die an die aktuellen Gegebenheiten angepasst sind. Historisch ist festzuhalten, dass die Prävention von Pandemien und das Vorhalten medizinischer Infrastrukturen am Ende sowohl die Gesundheit als auch die Freiheit sichern – und zwar in ethisch-moralischen wie finanziellen Kosten wesentlich günstiger als das nachträgliche, einer Pandemie nachhinkende Agieren.

*Heiner Fangeraul/Alfons Labisch*  
*Die Autoren sind Professoren für Medizingeschichte und haben das Buch: „Pest und Corona. Pandemien in Geschichte, Gegenwart und Zukunft“ verfasst.*

## Szenario einer Pandemie

### RISIKOANALYSE Eine Warnung von 2012 ist sehr aktuell

Ein neuartiges Virus, das von Asien eingeschleppt wird, ein überlastetes Gesundheitssystem und sechs Millionen Infizierte in Deutschland innerhalb von 300 Tagen: Die 2012 erstellte Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BBK) unter fachlicher Leitung des Robert-Koch-Institutes zeigt detailliert den Verlauf einer Pandemie auf und ist damit so aktuell wie nie. „Nachdem die erste Welle abklingt, folgen zwei weitere, schwächere Wellen, bis drei Jahre nach dem Auftreten der ersten Erkrankungen ein Impfstoff verfügbar ist“, heißt es darin. Obwohl die laut Infektionsschutzgesetz und Pandemieplänen vorgesehenen Maßnahmen schnell umgesetzt würden, „kann die rasche Verbreitung des Virus aufgrund des kurzen Intervalls zwischen zwei Infektionen nicht effektiv aufgehalten werden“.

„Die Analyseergebnisse sollen als Informations- und Entscheidungsgrundlage dienen und Anhaltspunkte für eine risiko- und bedarfsorientierte Vorsorge- und Abwehrplanung im Zivil- und Katastrophenschutz geben“, erklärte das Bundesinnenministerium (BMI). Die Risikoanalyse wurde nach 2012 nicht aktualisiert. Eine Fortschreibung von bereits betrachteten Szenarien erfolgte nicht, erklärte ein Sprecher. Dennoch sollten sie den Gesundheitsbehörden als Handlungsgrundlage dienen – auch in der Corona-Pandemie. Sie zeigen, die Behörden hätten gewartet sein müssen und sich viel schneller auf ein einheitliches Handeln verständigen können. Der Covid-19-Erreger ist zwar neu, doch aus dem Ver-

lauf von Pandemien lassen sich allgemeine gültige Erkenntnisse ziehen.

2012 wurde das Szenario einer Pandemie mit einem fiktiven Erreger als eine der anzunehmenden Gefahren für Deutschland eingeordnet. Das BBK stellt allerdings klar, der hypothetische Verlauf einer Pandemie werde aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen beschrieben. Die Risikoanalysen stellten also keine Vorhersage dar. In dem Szenario geht es um die weltweite Verbreitung eines Sars-Virus, der von Reisenden aus Asien nach Deutschland gebracht wird und hoch infektiös ist. Anders als bei der Covid-19-Pandemie wird Deutschland durch die schnelle Verbreitung regelrecht überrascht. Die Weltgesundheitsorganisation hatte noch keine offizielle Warnung ausgegeben. Die Studie geht von drei Wellen mit insgesamt 29 Millionen Infizierten aus. Die Experten mahnen, dass die Schutzmaßnahmen nicht nachlassen dürften, auch wenn sich das Infektionsgeschehen verlangsamt. Das BBK erarbeitet regelmäßig Analysen über mögliche Gefahren und deren Wahrscheinlichkeit. Sie werden unter Leitung des BMI erstellt und als Bundestagsdrucksachen (Analyse von 2012: 17/12051) veröffentlicht. *Susann Kreutzmann*



### CHRONIK DER CORONA-KRISE

**31. Dezember 2019:** China meldet die kurz zuvor aufgetretenen Fälle einer unbekannteren Lungenkrankheit an die WHO.

**9. Januar 2020:** Es wird bekannt, dass die Krankheit auf ein neuartiges Coronavirus zurückgeht.

**27. Januar:** In Bayern wird die bundesweit erste Infektion mit dem neuartigen Coronavirus (Covid 19) bestätigt.

**30. Januar:** Die WHO erklärt eine „gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite“.

**26. Februar:** Corona-Infektionen im nordrhein-westfälischen Kreis Heinsberg sorgen für Aufregung. Viele Menschen haben sich dort bei einer Karnevalssitzung angesteckt.

**23. Februar:** In Europa ist Italien am stärksten betroffen. Das Land riegelt Städte im Norden ab. Bis Mitte Juli werden dort rund 35.000 Menschen infolge einer Coronavirus-Infektion gestorben sein. Hohe Verluste werden in Europa noch Spanien (rund 28.400) und Großbritannien (rund 45.000) beklagen. In den USA wird es rund 137.000 Todesfälle geben.

**9. März:** In Nordrhein-Westfalen werden die ersten beiden Todesfälle nach einer Coronavirus-Infektion gemeldet.

**11. März:** Die WHO stuft den Ausbruch des neuen Corona-Erregers als Pandemie ein.

**13. März:** Die Bundesländer beschließen die Schließung von Schulen und Kitas bis zum Ende der Osterferien. Bundestag und Bundesrat beschließen im Eilverfahren Erleichterungen für die Kurzarbeit.

**15. März:** Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) ordnet die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zu den Nachbarstaaten Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg und Dänemark an.

**16. März:** Weitgehende Einschränkungen des öffentlichen Lebens treten in Kraft. Bars, Kinos und Freizeiteinrichtungen schließen, auch religiöse Veranstaltungen werden untersagt.

**22. März:** In allen Bundesländern sind Aufenthalte im Freien nur noch allein, zu zweit oder mit den Personen aus dem eigenen Haushalt erlaubt.

**25. März:** Der Bundestag beschließt im Eilverfahren ein Milliardenpaket für Gesundheitswesen, Kultur und Wirtschaft.

**1. April:** Die bundesweit geltenden Kontaktbeschränkungen werden bis 19. April verlängert.

**2. April:** Die Zahl der gemeldeten Corona-Todesfälle in Deutschland steigt auf 1.000. Rund 79.000 Menschen wurden bisher nachweislich mit dem Virus infiziert.

**20. April:** In Deutschland treten die ersten Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen in Kraft. In Berlin, Brandenburg und Sachsen wird der Schulbetrieb schrittweise wieder aufgenommen, andere Bundesländer folgen.

**23. April:** Die EU beschließt Kredithilfen in Höhe von bis zu 540 Milliarden Euro. Die Zahl der Todesopfer in Deutschland liegt bei mehr als 5.000.

**6. Mai:** Weitere Lockerungen der Corona-Beschränkungen treten in Kraft.

**9. Mai:** In mehreren deutschen Städten demonstrieren Tausende gegen die Corona-Beschränkungen.

**22. Mai:** Erste Tests mit neuen Impfstoffen werden erfolgreich am Menschen getestet.

**29. Mai:** Die Zahl der aktiven Coronafälle in Deutschland hat sich binnen zwei Wochen halbiert und liegt bei 8.000.

**2. Juni:** In Deutschland werden noch 689 Menschen wegen Covid 19 auf Intensivstationen behandelt. Mitte April waren es zeitweise rund 2.900.

**17. Juni:** In einer Fleischfabrik der Firma Tönnies in NRW werden mehrere hundert Corona-Infektionen gemeldet. In den folgenden Wochen steigt die Zahl auf rund 2.000. Daraufhin werden in Gütersloh und Umgebung die Kontaktbeschränkungen wieder verschärft.

**29. Juni:** Der Bundestag stimmt dem 130-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket der Bundesregierung zu.

**17. Juli:** Bisher haben sich laut WHO 200.260 Menschen in Deutschland mit dem Virus infiziert, 9.078 sind gestorben.

Es ist die erste staatlich veranlasste weltweite Wirtschaftskrise mit einer synchronisierten Rezession im Produktions- und im Dienstleistungsbereich und die schwerste Rezession seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Die Weltbank und der IWF gehen von einem globalen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr um fünf Prozent aus, und für Deutschland erwarten der Sachverständigenrat und das DIW ein Minus von 6,5 bis acht Prozent. Die EU-Kommission erwartet für Europa ein Minus von 8,7 Prozent.

**Schon vorher geschwächt** Die Coronapandemie hat eine bereits geschwächte europäische Wirtschaft erschüttert. Die Industrie hatte sich in einem konjunkturellen Abschwung befunden. Der Einbruch des deutschen Außenhandels im April mit 31,1 Prozent im Export und 21,6 Prozent im Import ist von historischem Ausmaß. Nach Frankreich sanken die Ausfuhr im Vergleich zum März um fast die Hälfte, nach Italien und USA schrumpften sie um mehr als ein Drittel. Rund 7,3 Millionen Menschen sind in Kurzarbeit, betroffen sind vor allem die Gastronomiebranche und die Metall- und Elektroindustrie. Im Gastgewerbe gingen 796.000 Personen oder 72 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Kurzarbeit, im Fahrzeugbau waren es 513.000 oder 46 Prozent, im Autohandel 289.000 oder 44 Prozent. Dank des arbeitsmarktpolitischen Instruments Kurzarbeit sind die Arbeitslosenzahlen in Deutschland deutlich niedriger als in den USA, Frankreich oder Großbritannien.

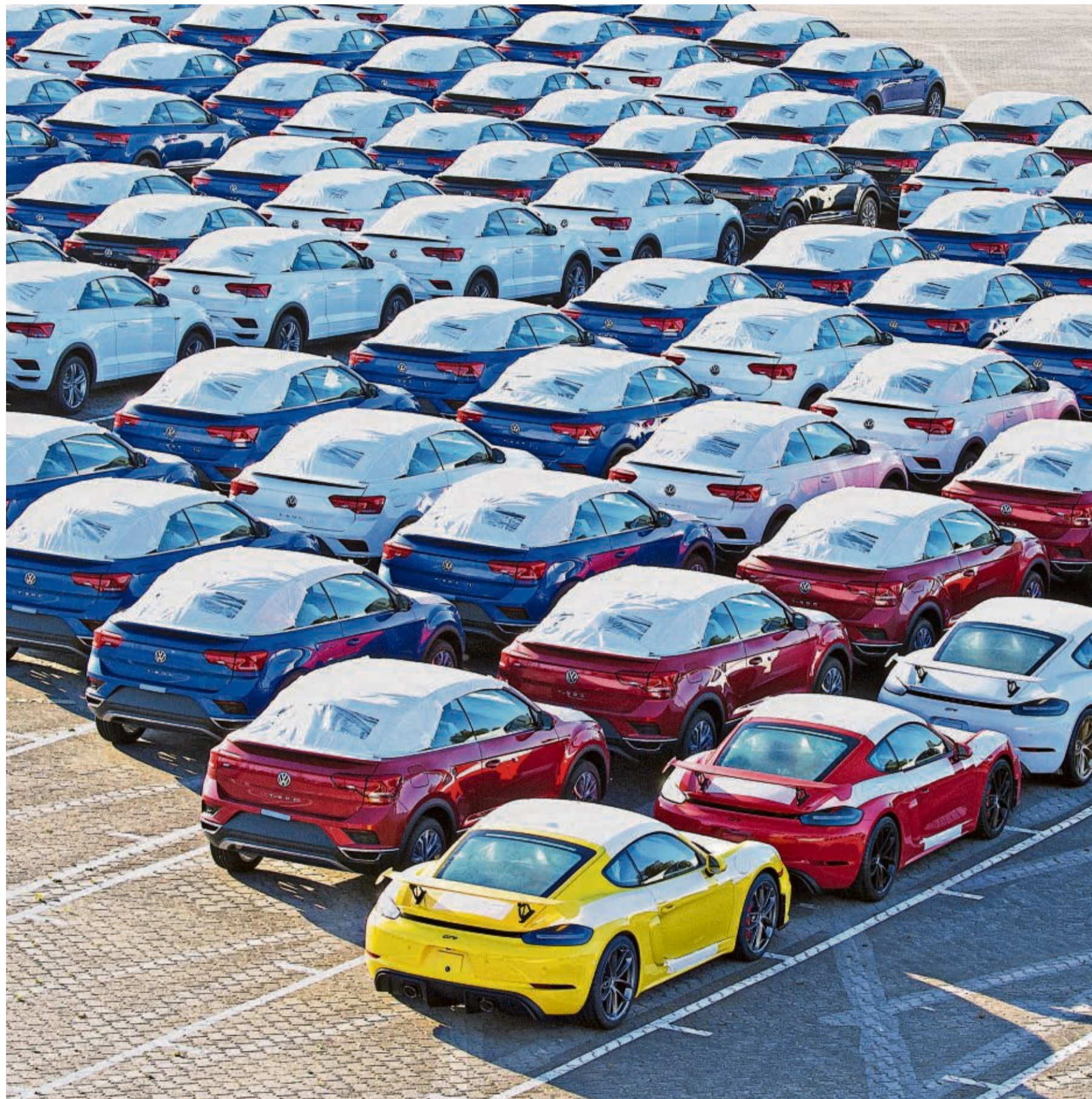
Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) unter rund 3.300 Unternehmen rechnen noch 83 Prozent der Firmen mit einem Umsatzrückgang in diesem Jahr und 50 Prozent der Firmen nächstes Jahr mit einer Stabilisierung. Bei rund 20 Prozent der befragten Firmen, unter anderem Busunternehmen, Veranstaltern von Messen, Konzerten oder Schaustellern, wird von einem kompletten oder weitreichenden Stillstand ihres Geschäfts berichtet. 56 Prozent der exportierenden deutschen Unternehmen kündigen an, dass sie weniger investieren wollen als geplant, und 43 Prozent werden Stellen streichen. Insgesamt rechnet der DIHK mit einem Rückgang der Exporte um 15 Prozent im Jahr 2020, wovon im nächsten Jahr mit einem Plus von etwa sieben Prozent die Hälfte wieder aufgeholt werden dürfte.

Die zuletzt gemeldeten Wirtschaftsdaten verstärken das Bild einer sukzessiven Erholung der Volkswirtschaften. Im Einzelhandel in Europa sprangen die Umsätze um 17,8 Prozent an nach minus 12,1 Prozent im Vormonat. Der europäische Einzelhandel hat circa zwei Drittel der Wegstrecke zum Vorkrisenniveau geschafft; es ging schneller als erwartet. In Deutschland ist die Lage des Einzelhandels besser als in den meisten Nachbarländern, auch wenn die Bekleidungsbranche stark verloren hat. Die Auftragsgänge der deutschen Industrie hinken der Entwicklung des inländischen Konsums hinterher, aber die Produktion des verarbeitenden Gewerbes steigt wieder an.

Der Anstieg mehrerer globaler Indikatoren für die Entwicklung der Industrieproduktion verdichtet die Hoffnung auf eine kräftige Wirtschaftserholung. Bezüglich des Pfades der Erholung allerdings herrscht eine tiefgreifende Unsicherheit, da neue Infektionswellen und Quarantänemaßnahmen die Erholung gefährden würden. Für die Lage der deutschen Automobilindustrie, der mit Abstand größten Branche in Deutschland, spricht Continental-Chef

# Kurzer Herzstillstand

**UNTERNEHMEN** Die Wirtschaft kommt ganz langsam wieder auf Touren



Neuwagen stehen im Osnabrücker VW-Werk auf Halde.

© picture-alliance/Fotostand

Elmar Degenhart indes von einem Herztillstand. Volkswagen, Daimler und BMW rechnen für das laufende zweite Quartal mit tiefen Zahlen. Der Absatz von VW brach im Mai um 33,7 Prozent und im April um 45 Prozent ein, tausende Mitarbeiter werden entlassen. Branchenvertreter rechnen damit, dass vor allem kleinere Unternehmen die Krise nicht überleben werden. Schon der schwierige Strukturwandel aus Digitalisierung, E-Mobilität und Assistenzsystemen sei für viele kleine

Firmen kaum zu schaffen. „Das Ausmaß der Krise ist ungleich höher als das, was wir 2009 durchlebt haben“, sagt Degenhart. Allerdings ist auch hier die Talsohle erreicht; die Verkaufszahlen in Asien steigen wieder.

Trotz der hohen Nachfrage im Onlinehandel während der Corona-Krise erwartet die Paket-Branche aufgrund der Rückgänge im Business-Bereich keinen rasanten Zuwachs der Sendungsmengen und maximal 1,5 Prozent mehr Paket-, Ex-

press- und Kurier-Sendungen als im Jahr zuvor. Viele Unternehmen aus der Automobil- und Zulieferindustrie haben ihre Produktion heruntergefahren oder komplett ausgesetzt. Aufgrund der zentralen Bedeutung des Automobilssektors für die Logistik ergaben sich erhebliche Auftragsverluste, die sich laut dem Onlinestatistikportal Statista im März unter anderem in einem Einbruch des Gesamtumsatzes im Sektor Verkehr und Lagerer von knapp 60 Prozent niederschlugen. Hingegen ver-

zeichneten Hersteller von Medizingütern und Hygieneprodukten sowie Lebensmittelhändler teils enorme Nachfragezuwächse. Das Plus bei Desinfektionsmitteln lag im März 2020 bei 210 Prozent und bei Toilettenpapier betrug es 100 Prozent.

**Schub für IT-Branche** Der deutsche Markt für IT, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik mit 1,2 Millionen Mitarbeitern wird laut Digitalverband Bitkom mit einem Umsatzrückgang von 3,3 Pro-

zent auf 163,5 Milliarden Euro rechnen, der im kommenden Jahr zum großen Teil wieder aufgeholt werden soll. Unternehmen in Kurzarbeit benötigen meist weniger IT-Ressourcen als unter Vollast. Der Digitalisierungsschub verspricht der ITK-Branche allerdings langfristiges Wachstum.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie mit knapp 460.000 Mitarbeitern in Deutschland war nach etlichen Gewinnwarnungen in 2019 mit einem Umsatz von 49,5 Milliarden Euro, einem Plus von 0,6 Prozent, in das erste Quartal 2020 gestartet. Vor allem wegen einer hohen Nachfrage nach Pharmazeutika, verschiedenen Hygieneartikeln und Verpackungsmaterialien blieb die Branche noch im März noch von größeren Rückschlägen verschont. Mit rückläufigen Aufträgen, gestörten Lieferketten und fehlenden Transportkapazitäten befindet sich die Chemie jetzt aber in einer schweren Rezession mit deutlichen Produktions- und Umsatzrückgängen. Das wichtige Bauwesen und die Automobilindustrie erleben global einen sehr starken Einbruch und somit wird der Bedarf an Kunststoffen, Farben und Anorganika über Jahre reduziert bleiben.

Auch die deutsche Bauwirtschaft rechnet mit drei Prozent Umsatzminus. Die Preise für Gewerbeimmobilien sind rückläufig. Die Medizintechnikunternehmen in Deutschland erwarten ein Umsatzminus für dieses Jahr von insgesamt acht Prozent – ausgenommen Hersteller von Beatmungsgeräten und Intensivbetten.

Neben den Fluglinien wie Lufthansa und Flugzeugherstellern wie Airbus und Boeing leiden auch die Flughafenbetreiber. Die Passagierzahlen sind dramatisch eingebrochen, die Airports haben ihre Kapazitäten zum Teil um 90 Prozent reduziert. Die Lufthansa schafft bis 2023 maximal 80 statt der früher geplanten 160 Flugzeuge an und will massiv Personal abbauen.

Rund zehn Prozent der Weltwirtschaftsleistung oder etwa 6.600 Milliarden Euro hängen am Tourismus. Trotz des erhöhten Inlandsinteresses liegen bei den Urlaubsorten wie Check24 und Holidaycheck die Buchungen um bis zu 73 Prozent unter denen des Vorjahres. Marktführer Tui kündigte einen radikalen Konzernumbau an und die Hälfte seiner Flugzeugflotte, Schiffe und Hotels sollen veräußert werden. Vielen Spezialveranstaltern geht nun das Geld aus, und von den rund 10.000 Agenturen wird laut Reisebüroverband wohl ein Viertel der Krise zum Opfer fallen. Das Vorkrisenniveau des Tourismus dürfte wohl erst in zwei bis drei Jahren erreicht werden.

**Hohe Belastung** Die gewaltigen Hilfspakete werden die staatlichen Bruttoschulden in Deutschland um rund 20 Prozentpunkte auf knapp 80 Prozent des BIP hieven und mit der verdeckten Staatsverschuldung, also staatlichen Leistungsverprechen bei Rente, Pflege und im Gesundheitswesen die Nachhaltigkeitslücke von 220 Prozent in 2019 auf 345 Prozent des BIP – rund 11,9 Billionen Euro – steigen lassen. Mit der Dauerstimulierung durch langfristig niedrige Zinsen wird die Europäische Zentralbank die von Unternehmenszusammenbrüchen ausgehenden Dominoeffekte einzudämmen versuchen. Die Corona-Pandemie und der kurzzeitige Herztillstand der Wirtschaft werden wohl überstanden werden. Die finanziellen Auswirkungen der Rettungspakete allerdings werden die nächsten Generationen zunehmend belasten, das ist sicher.

Jörg Schierholz

Der Autor ist freier Journalist und publiziert in den Bereichen Ökonomie, Medizin und Biotechnologie.

## »Ich befürchte, dass wir Häuser verlieren werden«

**TOURISMUS** Die Jugendherbergen öffnen wieder – doch ohne Klassenfahrten bleibt ihre Situation angespannt

**Herr Schmitz, als Geschäftsführer vom Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) sind Sie derzeit vor allem Krisenmanager. Seit Mitte Mai öffnen einige Herbergen wieder. Wie ist die Situation jetzt, zwei Monate später?**

Die Öffnung war ein Prozess: Ab Mitte Mai ging es langsam wieder los, jetzt hat die Hochsaison gerade für Familien-Reisen begonnen. Momentan sind knapp 280 von unseren 450 Häusern geöffnet. In den touristischen Gebieten haben wir eine gute Belegung, die Buchungen sind aber insgesamt immer noch recht zurückhaltend.

**Es wird viel darüber gesprochen, dass mehr Menschen ihren Urlaub in Deutschland verbringen in 2020. Gilt das nur für bestimmte Regionen Deutschlands?**

Wir hatten im Vorfeld schon Buchungen, insbesondere in den beliebten Urlaubsregionen wie etwa den Küstenorten. Es ist nicht so, dass wir jetzt einen starken zusätzlichen Schwung erleben. Gefühlt liegt der Fokus derzeit auf Reisen in ländliche

Gebiete wie etwa dem Schwarzwald und dem Harz oder an der Küste – die Großstädte sind gerade weniger nachgefragt.

**Wie sieht ein Besuch in einer Jugendherberge derzeit aus?**

Die Regelungen sind je nach Bundesland sehr unterschiedlich – in manchen Ländern sind mehr Dinge erlaubt als in anderen. Mancherorts wurde in den Speisesälen der Service am Tisch wieder abgeschafft und es konnte zum Buffet zurückgekehrt werden, in anderen Ländern ist das noch nicht möglich. Wir haben zudem Belegungsquoten, das heißt, Mehrbettzimmer können teilweise nur als Doppelzimmer belegt werden. Wenn eine volle Auslastung nicht möglich ist, führt das natürlich dazu, dass die Häuser nicht so betrieben werden können, dass man Geld für die Zukunft erwirtschaftet.

**Jugendherbergen sind meist als Vereine organisiert und dürfen daher keine größeren Rücklagen bilden. Haben Sie die Sorge, dass einige Häuser gar nicht wieder öffnen werden?**

Ich befürchte leider, dass wir einige unserer Häuser verlieren werden. Wir haben in Herbergen, die teilweise ja auch Schlösser oder Burgen sind, hohe Kosten zum Beispiel beim Brandschutz. Die Herbergen,



DJH-Geschäftsführer Julian Schmitz

die einen Investitionsstau haben, wieder gut am Markt zu positionieren wird schwierig. Im DJH gilt zudem ein Subsidiaritätsprinzip. In der Praxis bedeutet das oft, dass ein Landesverband ein gut laufendes Haus in einer Großstadt hat, das zwei kleinere, ländliche Jugendherbergen mit finanziert. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung mit den Überbrückungshilfen von bis zu 150.000 Euro pro Herberge für drei Monate hilft uns über den Sommer.

**Wie blicken Sie auf die Herbst- und Winterzeit?**

Wir machen uns natürlich Sorgen, was diese Zeit angeht, in der vermehrt Gruppen und Schulen gekommen wären. Man muss bedenken: Es fehlen alle Anlässe, um zu reisen, zum Beispiel auch die Weihnachtsmärkte. Auch für unsere Mitarbeitenden ist die Situation schwierig. In den kommenden Monaten werden vorübergehend wieder Häuser schließen müssen, weil sie sich nicht wirtschaftlich betreiben lassen.

**Vor allem Schul- und Klassenfahrten wurden auf absehbare Zeit abgesagt.**

Genau, derzeit sind Familien unsere Kernzielgruppe, weil die Schul- und Klassenfahrten wegfallen – allein diese Fahrten machen knapp 40 Prozent unseres Jahresumsatzes aus. Und da sind die Seminar-, die Wandergruppen und die Chöre nicht mitgerechnet, die auch ausbleiben. Die ersten Bundesländer haben festgelegt, dass es erstmal nur Präsenzunterricht in den Schulen gibt und mindestens bis Januar 2021 keine Fahrten stattfinden. Das bleibt für uns natürlich eine schwierige Situation.

Das Gespräch führte Lisa Brühl

Julian Schmitz ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Jugendherbergswerks.

## Ohne Geschäftsmodell

**BANKEN** Die Krise begann schon lange vor Corona

Felix Hufeld, Chef der Finanzaufsicht BaFin, rechnet mit größeren Kreditausfällen in diesem und nächsten Jahr, falls eine zweite Infektionswelle die gerade einsetzende wirtschaftliche Erholung gefährden sollte. Bei stockender Wirtschaftserholung könnten einige Geldhäuser in Deutschland in Existenznot geraten, so die Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG). Die Europäische Bankenaufsicht EBA hat deshalb eine Richtlinie erlassen, nach der Kredit-Stundungen und Zahlungsausfälle aufgrund der Corona-Krise von Banken nicht zwingend als Zahlungsausfall klassifiziert werden müssen.

**Doppelrücktritt** Die Corona-Pandemie verstärkt die hausgemachten Krisen deutscher Bankhäuser. Der jüngste Doppelrücktritt von Commerzbank-Chef Martin Zielke und seines Aufsichtsratschefs erfolgte, da seit Jahren die Kapitalkosten nicht verdient und die Ziele wiederholt verfehlt wurden. Aber auch andere deutsche Geldhäuser, gerade die des öffentlich-rechtlichen Finanzsektors, haben es nach der Finanzkrise nicht geschafft, ein Geschäftsmodell zu entwickeln, mit dem sie auskömmliche Gewinne erzielen können. Im vergangenen Jahr wurde die Norddeutsche Landesbank mit Milliarden vor dem Aus gerettet, aber man konnte sich bislang nicht zu

einer umfassenden Konsolidierung des Landesbankensektors durchringen. Eine Analyse der Finanzaufsicht belegt zudem, dass es beim gemeinsamen Sicherungssystem von Sparkassen und Landesbanken zahlreiche Schwachstellen gibt. Die Deutsche Bank versucht über viele Jahre, mit den großen US-Instituten im Investmentbanking mitzuhalten und vernachlässigte dabei das Kerngeschäft mit Unternehmenskunden. Nach dem Scheitern der Fusion mit der Commerzbank wurde ein radikaler Sanierungsplan mit dem Abbau von 18.000 Arbeitsplätzen vorgelegt. Nach strategischen Fehlentscheidungen (Beispiel Commerzbank: Übernahme Dresdner Bank, Eurohypo, Schiffsfinanzierungen) schliem die großen deutschen Banken von einer Schrumpfkur in die nächste, ohne eine tragfähige Strategie zu entwickeln; und jetzt fehlt krisenbedingt der finanzielle Spielraum, späteres Wachstum zu generieren. Die Nullzinspolitik der EZB erodiert die Ertragsbasis der Banken, da bis zu 80 Prozent der Erträge aus dem Zinsgeschäft kommen. Die Banken mussten zudem 2019 aufgrund des negativen Einlagezinssatzes 2,3 Milliarden an die EZB überweisen. Es ist nicht ausgemacht ob die Negativzinspolitik der europäischen Zentralbank am Ende ihre Kinder, also die Banken, frisst.

js

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



# Risse in der Kette

**WIRTSCHAFT** Die Pandemie hat eine Diskussion über die Rückverlagerung von Produktionsteilen neu belebt

Es gal ob es der Anblick massenweise aus China angelieferter Schutzmasken war, von leerge-räumten Supermarktregalen oder Zimmermannsbetrieben, die wegen rationierter Holzlieferungen zum Nichtstun verdammt waren: Die Folgen der Corona-bedingten Beschränkungen haben vor Augen geführt, wie tief wir in internationale Handelsbeziehungen verstrickt sind. Mehr noch: Deutlich geworden ist vor allem, dass die meisten Produkte Ergebnis einer global verzweigten Lieferkette sind – fällt ein Glied aus, bricht die Kette, macht eine Grenze dicht, stauen sich die mit Waren beladenen Lastwagen Dutzende Kilometer auf den Autobahnen. Globalisierungskritiker sahen sich in ihrer Position bestätigt und warfen die Frage auf, ob eine Teil-Rückverlagerung gewisser Produktionen und Produktionsschritte ins Inland sinnvoll sein könnte. Für Anhänger dieser Denkrichtung sei Corona lediglich der Auslöser gewesen, ihren Forderungen nach einem gewissen Maß an Abschottung Gehör und Nachdruck zu verleihen, sagt der Forschungsdirektor Industriepolitik am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Martin Gornig. „Das war alles latent schon da.“ Zugleich sieht der Ökonom ein erwachtes Bewusstsein für solche Fragen in der breiten Bevölkerung. „Das Bewusstsein für Wertschöpfungsketten ist durch Corona geschärft worden“,

bekräftigt Holger Görg. Er leitet das Forschungszentrum Internationale Arbeitsteilung am Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel). „Gerade in Unternehmen stellen sich die Menschen die Frage, wie ihre Wertschöpfungsketten organisiert sind.“ Auch die Wirtschaftsweise Veronika Grimm erklärte unlängst in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ auf die Frage, wie Corona die deutsche Wirtschaft verändert: „Es wird nicht so bleiben wie bisher, weil wir nicht mehr so stark auf internationale Lieferketten vertrauen werden.“



Schutzmasken aus China

Dass Corona eine Zäsur in der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte darstellt, darin sind sich Ökonomen einig, unabhängig davon, welcher Denkschule sie anhängen. Anders als etwa SARS mit seinen eher regional begrenzten Folgen ist die Wirtschaft weltweit betroffen. Doch wie realistisch sind Szenarien, die einen Abbau von Lieferketten zugunsten einer stark regionalisierten Produktion skizzieren? Beispiel Autoindustrie: Ein Großteil der Einzelteile entsteht in anderen Ländern. „Einen Wagen in nur einem Land entstehen zu lassen, ist nicht profitabel“, sagt Görg und verweist auf internationale Arbeitsteilungen, regionale Cluster und die damit einhergehende unterschiedliche Spezialisierung. Wie andere Industrien auch hat die Autobranche das System der Arbeitsteilung in den vergangenen Jahrzehnten optimiert und damit ihre Gewinne maximiert. Beispiel Arzneimittelherstellung: Ein Großteil der Entwicklungszentren von Generika, also Nachahmerprodukten zum teuren Originalpatent, ist in China entstanden. So etwas in Deutschland aufzubauen und später ein Medikament vom Rohstoff bis zur Pillenpackung hier zu produzieren, würde die Preise in die Höhe schnellen lassen. Oder es braucht eine Finanzspritze vom Staat, wie bei der Schutzmaskenproduktion – für Unternehmen in dieser Teilbranche hat die Bundesregierung ihre Förderung zuletzt deutlich ausgeweitet.

Gleichwohl erklären in einer aktuellen Studie des Unternehmensberaters EY 36 Prozent der befragten Unternehmen in Deutschland, die eigenen globalen Lieferketten verändern zu wollen – was die Konzerngewinne deutlich drücken dürfte. „Die offen gelegte Unsicherheit in den globalen Lieferketten steht den Kostenvorteilen gegenüber“, beschreibt DIW-Experte Gornig das Spannungsfeld. Dabei sind sich Ökonomen darin einig, dass die Risiken einer renditeoptimierten Lieferkette nach dem Corona-Schock durchaus neu bewertet werden – wie, und wie individuell, wird sich zeigen.

**Robotisierung nur als Perspektive** Technologische Errungenschaften, fortschreitende Digitalisierung und Robotisierung hingegen dürften sich eher langfristig als Kostendämpfer auswirken. Befürworter einer stärkeren Wertschöpfung in Deutschland und Europa führen diese Entwicklung gern ins Feld, um das Argument höherer Kosten zu entkräften: So könnten höhere Stückzahlen hierzulande zum Preisniveau eines global arbeitsteilig erstellten Produkts erzielt werden. Gornig verweist hingegen darauf, dass Teile in Massenfertigung auch gelagert werden müssten – was schnell zum Flächenproblem werden könnte. Görg von IfW Kiel winkt ohnehin ab und nennt das Beispiel des Adidas-Konzerns, das den 3D-Druck-Versuch mit einem Turn-

schuhmodell nach kurzer Zeit einstellte. Es habe sich einfach nicht gerechnet. „Die Möglichkeiten technologischer Entwicklung sind da, aber beim Ausschöpfen sprechen wir eher von Dekaden“, sagt er. In anderen Branchen würde sich eine Fokussierung auf die heimische Produktion nicht nur in steigenden Preisen, sondern auch in der Produktvielfalt niederschlagen. Im Lebensmittelbereich etwa stünde Deutschland vor echten Engpässen und weniger Auswahl bei Obst und Gemüse, würde man sich auf Waren aus regionaler Produktion beschränken. Darauf weist Gesa Busch hin, die am Fachbereich Agrarökonomie der Universität Göttingen zum Marketing von Lebensmitteln und Agrarprodukten forscht. „Mit der aktuellen Marktstruktur wäre auf keinen Fall eine größere Änderung zu Gunsten von mehr Regionalisierung möglich“, sagt die Wissenschaftlerin. Anbieter mit regionalen Vermarktungsstrukturen seien oft schon gut ausgelastet und könnten ein mehr an Nachfrage gar nicht decken. Außerdem sei kaum einem Verbraucher klar, wie international verwoben die Branche ist. Zum einen über-

schätzen Konsumenten mehrheitlich den Selbstversorgungsgrad etwa bei Obst und Gemüse, wie Busch in einer Studie herausgefunden hat. Bei Milch und Fleisch werde er unterschätzt. Zum anderen sieht man vielen Waren schlicht nicht an, welche Ursprünge in ihnen stecken: Ein Produkt gilt schon als „Made in Germany“, wenn das letzte Zusammenmischen in Deutschland erfolgt – etwa beim Müsli. Viele Trockenfrüchte kommen aus China, weil es billiger ist. Spannend werde, wie tief der durch Corona ausgelöste Schock bei Verbrauchern sitzt, sagt Busch. Skandale etwa in der Fleischindustrie wirkten immer nur kurz, dann kehrten die Verbraucher zum bewährten Einkaufsverhalten zurück. Zugleich hätten Trends wie der zu vegetarischer Ernährung und eben Regionalisierung gezeigt, dass Verbraucher mit ihren Wünschen das Angebot beeinflussen können, so Busch. Doch welchen Preis sind sie dauerhaft bereit zu zahlen für das Mehr an Sicherheit? IfW-Experte Görg bezweifelt, dass mehr Bewusstsein sich in einer tiefgreifenden Verhaltensänderung niederschlägt. „Nicht ohne Grund ist Deutschland die Heimat der Discounter“, sagt er. Kristina Pezzeri

»Einen Wagen in nur einem Land entstehen zu lassen, ist nicht profitabel.«

Holger Görg, Institut für Weltwirtschaft

## Eine Branche kommt ins Schwitzen

**SPORT** Fitnessstudios machen die Folgen des Lockdowns schwer zu schaffen

Drei Monate lang konnte Jens Nulsch nicht das tun, was er am liebsten macht: andere Menschen zum Schwitzen bringen. Der Berufsschullehrer arbeitet nebenberuflich als Trainer, in einem Dresdner Fitnessstudio gibt er jede Woche Cycling-Kurse. Dann bringt er eine Stunde lang Menschen dazu, sich völlig zu verausgaben – und fährt selbst so intensiv mit, dass er am Ende des Kurses schweißgebadet ist. Die Corona-Zwangspause hat ihm zugesetzt – so wie der ganzen Branche. Im März mussten Sportstudios und Trainingsstätten komplett schließen. Seit Mitte Juni öffneten die Einrichtungen im ganzen Land Schritt für Schritt. Das Studio, in dem Nulsch arbeitet, öffnete erst die Freifläche, seit gut drei Wochen darf er wieder Kurse geben. „Aber unter veränderten Bedingungen.“ In meinen Kursraum dürfen aktuell nur maximal acht Sportler, die sich vorher anmelden müssen. Die Räder haben wir weit auseinander gerückt.“ Das neue Prozedere sorgt mitunter für Frust, erzählt der 43-Jährige, „zum Teil melden die Leute sich weit im Voraus an, können nicht und vergessen abzusagen. Dann bleiben Plätze leer, obwohl es viele gibt, die gern mitmachen würden.“ Insgesamt sei das Studio deutlich leerer als früher, obwohl Duschen und Saunen wieder geöffnet seien. Gleichwohl ist man in der Branche froh, wieder trainieren zu dürfen. Trotzdem sor-

gen sich viele Studiobetreiber um ihre Zukunft: Man rechne mit Umsatzeinbußen von rund 20 Prozent, erklärte Ralph Scholz, Vorsitzender des Deutschen Industrieverbandes für Fitness und Gesundheit (DIFG). Der Schaden liege bei rund einer Milliarde Euro, bis zu 30 Prozent der Studios würden nach dem Lockdown um ihre Existenz bangen.

**Virus durchwirbelt die Sportwelt** Auch Rainer Schaller, Gründer der Fitnesskette McFit, sprach in Interviews davon, dass die Pandemie die Branche in eine tiefe Krise gestürzt habe. Vor ganz praktische Probleme stelle ihn die Tatsache, dass die Vorgaben für den Betrieb der Studios Sache der Bundesländer sei und dort ganz unterschiedlich gehandhabt würden. Er verschickte Newsletter an seine Studios, die „dick sind wie Bücher“. Trainer Nulsch ist in Sachen Hygienevorschriften – die inzwischen in ganz Deutschland in Studios und Sportstätten aushängen – eher gelassen: „Die Räder haben wir schon immer nach dem Training gründlich gereinigt, daran hat sich nichts geändert.“ Dass „in jeder Ecke“ des Studios nun Flaschen mit Desinfektionsmittel stehen, sei eine gute Sache; auf Masken verzichte in seiner Sportstätte komplett. Der Virus hat die Sportwelt gründlich durcheinander gebracht. Galt vor der Pan-

demie der Leitsatz, Sport helfe dabei, gesund zu bleiben, herrscht nun die Angst, Menschen könnten sich beim Training infizieren. Nach einer Phase der kompletten Verbote sind Trainingsgruppen und Wettkämpfe in allen Bundesländern wieder gestattet, unter Voraussetzungen, die sich in den Bundesländern unterscheiden. So dürfen in Hamburg bis zu zehn Personen gemeinsam Sport treiben, Sachsen unterscheidet je nach Sportart und gibt vor, dass körperliche Kontakte „auf ein Minimum zu reduzieren“ seien; auf Torjubel etwa sei zu verzichten. Mecklenburg-Vorpommern strebt zeitnah „eine Rückkehr zum regulären Sportbetrieb“ an. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat für die rund 90.000 Vereine in Deutschland „Leitplanken“ und sportartspezifische Übergangsregeln formuliert. So soll der Vereinssport wieder zur Normalität geführt werden. Bauchschmerzen bereitet den Experten der Schulsport. Zwar sind die Schulen inzwischen wieder geöffnet – weil aber vielerorts dank der Hygieneregeln nur reduzierter Unterricht stattfindet und man sich dabei häufig auf die Kernfächer konzentriert, liegt der Sportunterricht an vielen Schulen derzeit brach. Der Deutsche Sportlehrerverband fordert eine sofortige Wiederaufnahme: Die bewegungsarme Zeit werde sonst schlimme Auswirkungen haben, fürchtet er. Susanne Kailitz

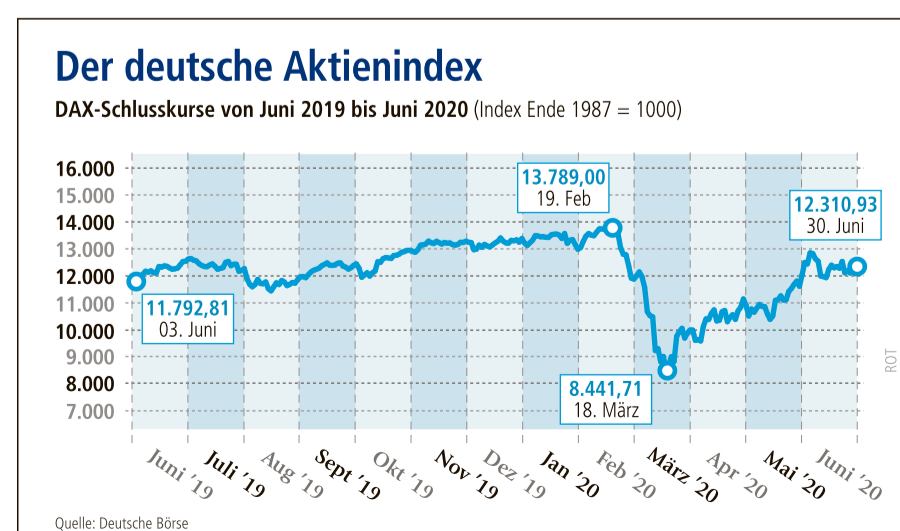
## An der Börse ist Corona Geschichte

**MÄRKTE** Deutscher Aktienindex wieder auf Rekordniveau. Wirecard-Pleite folgenlos

Für die Börsen ist die Corona-Krise längst abgehakt. Kurz vor Beginn der Pandemie hatte der Deutsche Aktienindex (DAX) mit fast 13.000 Punkten ein Allzeithoch erreicht. Dann kam der jähe Absturz durch Shutdown und Lockdown. Der Index rutschte auf 8.200 Punkte – das größte Minus innerhalb von wenigen Wochen in diesem Jahrtausend. Seit Mitte Juli scheint die Welt der Aktionäre wieder in Ordnung zu sein: Der Aktienindex strebt erneut Richtung 13.000 Punkte, auch wenn der Anstieg nicht durch Wirtschaftsdaten gedeckt

ist. Selbst die Pleite des Digital-Konzerns Wirecard konnte dem DAX nichts anhaben. Zwar fiel die Wirecard-Aktie von rund 100 Euro auf zwei bis drei Euro, aber das Gewicht der Pleitefirma im Index ist für spürbare Auswirkungen zu gering. **Vermögen wachsen** Insgesamt hat das Vermögen der Deutschen durch Immobilienboom und Aktienkursrekorde stark zugenommen. Wurde das Gesamtvermögen im Jahr 2004 mit knapp vier Billionen Euro beziffert, so sind es inzwischen über

sechs Billionen. Von dem Zuwachs profitierten besonders die Immobilien- und Aktienbesitzer, da durch die Nullzinspolitik auf Sparbüchern angelegtes Geld durch die Inflation real sogar an Wert verlor. Ein Beleg dafür ist eine Untersuchung der Unternehmensberatung Capgemini über die Zahl der Vermögensmillionäre (in US-Dollar berechnet) in Deutschland. Rund 1,466 Millionen Dollar-Millionäre gab es demnach Ende 2019, 8,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl steigt deshalb so stark, weil Reiche ihre Investitionen auf Immobilien und Aktien konzentrierten, wo hohe Wertsteigerungen zu verzeichnen sind. Wer etwa im Jahre 2009 in deutsche Aktien investierte und diese bis 2019 hielt, konnte eine jährliche Durchschnittsrendite von 8,3 Prozent erzielen. Auf ausländischen Märkten lassen sich manchmal sogar noch höhere Renditen erzielen. Wer vor 20 Jahren 10.000 Euro in Aktien des amerikanischen Konzerns Amazon investierte und diese seitdem behielt, gehört heute zur Gruppe der Vermögensmillionäre. hle





Die meisten Kliniken in Deutschland sind modern ausgerüstet und auch auf schwierige Fälle vorbereitet. Die Versorgung von Corona-Patienten ist extrem aufwendig.

© picture-alliance/dpa

# Im Zentrum des Sturms

## KRANKENHÄUSER Der befürchtete Massenandrang von Corona-Patienten ist ausgeblieben

**K**rkrankenhäuser stehen in der Coronakrise im Zentrum des Sturms. Noch nie waren Kliniken so beansprucht wie in dieser Pandemie, die inzwischen global rund 14 Millionen Infizierte und rund 600.000 Tote zählt. Für Krankenhäuser ist die Behandlung von Corona-Patienten besonders komplex, weil ein hoher Hygienestatus zu gewährleisten ist und die Patienten auf Intensivstationen technisch aufwendig versorgt werden müssen. Zudem können die Ärzte nicht auf wirksame Therapien setzen, solange weder spezielle Medikamente noch Impfstoffe gegen das neue Coronavirus verfügbar sind.

Die Gesundheitssysteme vieler Staaten sind in der Krise an die Grenzen ihrer medizinischen Möglichkeiten gekommen, was letztlich auch zur Folge hatte, dass Ärzte vor der Frage standen, welche Patienten sie retten können und welche sie aufgeben müssen (Triage). Auch in Deutschland haben sich die Kliniken auf den Ernstfall eines massenhaften Ansturms auf die Intensivstationen vorbereitet, der, anders als etwa in Italien oder den USA, nicht eingetreten ist. Gleichwohl werden noch immer Kapazitäten vorgehalten, um eine mögliche neue Welle an Infektionen auffangen zu können.

**Reduzierter Regelbetrieb** Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Georg Baum, äußerte sich zufrieden mit dem bisherigen Verlauf, sieht aber hohe Kosten auf die Kliniken zukommen. Baum sagte: „Die Corona-Pandemie ist in Deutschland dank der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses weniger gravierend als in den meisten europäischen Staaten verlaufen.“ Aufgrund der

höheren Belastung bräuchten die Krankenhäuser aber noch bis Ende des Jahres die Schutzschirminstrumente sowie angepasste Regelungen für die Finanzierung 2021. Nach Angaben der DKG sind in den Kliniken von März bis Ende Juni rund 30.000 Corona-Patienten behandelt worden, darunter etwa 10.000 Intensivpatienten. Um die zusätzlichen Fälle angemessen behandeln zu können, mussten Kliniken ihre Kapazitäten konzentrieren und den Regelbetrieb zwischen 30 und 50 Prozent herunterfahren. Im Mai wurde die Rückkehr zur Regelversorgung eingeleitet, denn auch planbare Operationen lassen sich nicht unbegrenzt aufschieben. So können etwa Patienten mit Herzproblemen oder Gelenkerkrankungen nicht lange auf eine Operation warten. Die Deutsche Krebshilfe erklärte, bis Mitte Juni seien rund 50.000 Krebsoperationen ausgefallen, fast ein Viertel der ursprünglich geplanten Eingriffe.

**Intensivbetten aufgestockt** Die DKG geht davon aus, dass die vollen Kapazitäten auch im nächsten Jahr noch nicht wieder erreicht werden. Für die Kliniken bedeutet das zusätzliche Kosten, denn die Fallkosten sind gestiegen. So müssen Corona-Patienten in abgetrennten Stationen versorgt werden, auch das Personal muss möglichst getrennt eingesetzt werden. Wie viele Klinikmitarbeiter sich angesteckt haben, ist nicht genau bekannt. Laut Robert-Koch-Institut (RKI) wurden bis Ende Juni rund 13.700 Infektionsfälle von Menschen übermittleit, die in einer medizinischen Einrichtung tätig waren, darunter Krankenhäuser, Arztpraxen, Dialyseeinrichtungen und Rettungsdienste, 20 Mitarbeiter sind verstorben.

Um die Kliniken in der Pandemie finanziell zu unterstützen, brachte die Bundesre-

gierung im März das Krankenhausentlastungsgesetz auf den Weg, das bis Ende September für jedes freigehaltene Bett eine Pauschale von 560 Euro pro Tag vorsieht. Für jedes zusätzlich geschaffene Intensivbett wird ein Bonus von 50.000 Euro bezahlt. Für Schutzrüstungen erhielten Krankenhäuser befristet einen Zuschlag je Patient in Höhe von 50 Euro. Die Zahl der Intensivbetten wurde laut DKG von rund 28.000 auf 40.000 aufgestockt, darunter 30.000 Beatmungsplätze.

**Neues Register** Das Bundesgesundheitsministerium ordnete im April außerdem an, dass alle Krankenhäuser täglich ihre Intensivkapazitäten an die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) melden müssen. Über das Intensivregister können freie Beatmungsbetten in ganz Deutschland abgefragt werden. DIVI-Präsident Uwe Janssens schwärmte, mit dem Register sei in kurzer Zeit der Aufbau eines weltweit einmaligen Systems gelungen. Wissenschaftler arbeiten auch an einem Prognosemodell auf Basis der Zahlen, die aus den Kliniken kämen. Janssens versicherte: „Sollten die Behandlungszahlen von Covid-19-Patienten steigen, sind wir sehr gut vorbereitet.“ Mit dem 130 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket legte die Bundesregierung im Juni auch ein „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ auf, um einen Modernisierungsschub zu bewirken. So sollen drei Milliarden Euro die Notfallkapazitäten und die digitale Infrastruktur in den Kliniken verbessert werden. Die DKG sprach von einem „dringenden notwendigen ersten Schritt, um die Investitionslage in den Kliniken zu verbessern“. Die Krankenhausinvestitionen sind schon lange ein politisches Streitthema, denn die

Länder kommen ihren finanziellen Verpflichtungen seit Jahren nicht ausreichend nach, Investitionen sind rückläufig. Das kann dazu führen, dass die von den Krankenkassen gestellten Betriebsmittel für die Kliniken zweckentfremdet werden und letztlich die Versorgung leidet. Aus dem unlängst veröffentlichten „Krankenhaus Rating Report“ des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung geht hervor, dass sich die wirtschaftliche Lage der bundesweit gut 1.900 Krankenhäuser weiter verschlechtert hat. Rund 13 Prozent der Häuser lagen dem Bericht zufolge 2018 im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr. Die Wirtschaftsexperten rechnen damit, dass 2021 die finanziellen Belastungen aus der Coronakrise im Gesundheitswesen voll durchschlagen. Mit dem Krankenhausstrukturgesetz von 2015 sollte das Klinikangebot schlanker

und effizienter werden. So wurde die Versorgungsqualität als zentrales Kriterium definiert und mit Zuschlägen belohnt. Um den Bundesländern mehr Mittel an die Hand zu geben, wurde ein Strukturfonds in Höhe von 500 Millionen Euro aufgelegt. Die Kliniken sollten sich zudem stärker spezialisieren, Experten stellten die große Zahl der Häuser infrage.

**Berliner Reserve** Akuten Reformbedarf sieht der AOK-Krankhausexperte Jürgen Malzahn, der auch kleinere Kliniken für sinnvoll hält, „wenn sie sich spezialisieren und gute Qualität anbieten“. Die Häuser dürften aber „nicht hochkomplexe Leistungen anbieten, wenn dafür Erfahrung und Ausstattung fehlen“. So sei eine gut ausgestattete, breit aufgestellte Intensivstation besser als „Gelegenheitsversorger“, die ein paar Intensivbetten vorhielten, aber nichts keine Versorgung garantieren könnten. Die großen Strukturprobleme hätten sich schon vor der Pandemie gezeigt, erklärte Malzahn. So würden viel zu viele Krankenhausbetten mit Patienten gefüllt, die genauso gut oder besser ambulant behandelt werden könnten.

Zusätzliche Betten wurden sicherheitshalber auch in den Berliner Messehallen aufgebaut, nachdem im Frühjahr die Infektionszahlen zu Beginn der Pandemie drastisch stiegen. Das Corona-Behandlungszentrum-Jaffestraße (CBZJ) entstand in einer für Berlin untypisch kurzen Frist von gerade einmal vier Wochen, hat aber noch keinen Patienten gesehen. In Halle 26 des Messegeländes umfasst ein erster Klinikbereich rund 500 Betten, insgesamt sollen 1.000 Notfallbetten zur Verfügung stehen. Die Berliner Reserveklinik läuft derzeit mangels Corona-Patienten im Stand-By-Betrieb. **Claus Peter Kosfeld**

### STICHWORT

#### Die Krankenhausversorgung

> **Anzahl** In Deutschland gibt es 1.925 Krankenhäuser mit insgesamt rund 498.000 Betten. Versorgt wurden zuletzt rund 19,4 Millionen Patienten pro Jahr.

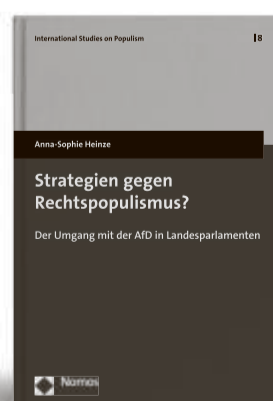
> **Intensivkapazitäten** Die Anzahl der Intensivbetten stieg in der Coronakrise von 28.000 auf 40.000, darunter 30.000 Beatmungsplätze.

> **Aufwand** Die Kosten für die stationäre Krankenhausversorgung lagen 2018 bei rund 93,5 Milliarden Euro.

Quelle: DKG, Destatis

Anzeige

## Zum Umgang mit der AfD



### Strategien gegen Rechtspopulismus?

Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten

Von Dr. Anna-Sophie Heinze

2020, 296 S., brosch., 59,- €

ISBN 978-3-8487-6738-0

(International Studies on Populism, Bd. 8)

Dieses Buch untersucht das Verhalten der etablierten Parteien gegenüber der Alternative für Deutschland (AfD) in den deutschen Landesparlamenten und führt dieses auf seine Ursachen zurück. Die Autorin erarbeitet theoretische Handlungsoptionen und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für die politische Praxis.

Nomos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: [www.nomos-elibrary.de](http://www.nomos-elibrary.de)

Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



## Sorge um Senioren

### PFLGE In Heimen gelten strikte Abstands- und Hygieneregeln zum Schutz der Bewohner

Die Coronakrise hat einige Pflegeheime in eine dramatische Notlage gebracht mit vielen Infizierten unter Patienten und Personal. Bei einer Ansteckung mit dem Coronavirus Sars-Cov-2 sind vor allem ältere Menschen gefährdet, die oft an Vorerkrankungen leiden, was erklärt, warum manche Heime plötzlich zu Hotspots wurden, wo sich tragische Ereignisse abspielten.

Wie viele Infektionen mit dem Coronavirus es bislang in Pflegeheimen insgesamt gegeben hat, ist nicht genau bekannt, weil keine separate Statistik darüber geführt wird. Das Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlicht regelmäßig nur Sammelangaben, die sich nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) auf bestimmte Einrichtungen beziehen.

So werden nach §36 IfSG Infektionen in Pflegeeinrichtungen, Obdachlosenunterkünften, Asylbewerberunterkünften, sonstigen Massenunterkünften und Justizvollzugsanstalten zusammen erfasst. Aus dem aktuellen Lagebericht des RKI ergibt sich,

dass es in diesen Einrichtungen bisher rund 18.300 Infektionsfälle unter den Bewohnern gegeben hat sowie rund 10.000 unter Mitarbeitern. Rund 3.600 Bewohner, hier vor allem Senioren in Pflegeheimen, sind an oder mit Covid-19 gestorben. Die Pflegeheime sahen infolge der stark steigenden Infektionszahlen keine andere Wahl, als die Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren, was viele Familien als besondere Härte wahrgenommen haben. Anfangs durften die bundesweit rund 800.000 Heimbewohner überhaupt keinen privaten Besuch mehr empfangen, im Mai wurde die Besuchsregel dann auf eine feste Kontaktperson erweitert. Inzwischen haben die Bundesländer, Kreise und kreisfreien Städte für Pflegeeinrichtungen jeweils spezifische Regelungen getroffen, die bei Bedarf aktualisiert werden. In den Heimen gelten jedoch weiter strikte Abstands- und Hygieneregeln, um die Bewohner nicht zu gefährden, was für viele alte Leute schwer auszuhalten ist.

Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, sprach angesichts der Pandemie von einer „immensen Herausforderung“ gerade für Pflegeeinrichtungen. Es sei „ein ständiger Balanceakt, den Schutz vor einer Corona-Infektion und die Rechte der Bewohner auf

Selbstbestimmung und Teilhabe in Einklang zu bringen“, sagte er und fügte hinzu: „Und das wird nach allem, was wir wissen, auch noch länger so bleiben.“ Westerfellhaus forderte, die weitreichenden Besuchsbeschränkungen bei sinkenden Fallzahlen immer wieder kritisch zu hinterfragen. Wichtig sei, die Pflegeeinrichtungen auf ihrem Weg zu einer neuen Normalität zu unterstützen, „vor allem durch ei-



Kontakte unter erschwerten Bedingungen

nen breiten gesellschaftlichen und politischen Rückhalt.“

Im Mai verabschiedete der Bundestag ein zweites Corona-Schutzpaket mit Hilfen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige. Beschlossen wurden auch mehr Tests in Pflegeheimen, um Infektionsherde schnell zu erkennen. Getestet wird seither nicht nur bei einem begründeten Verdacht, sondern auch unabhängig von Symptomen. Mit einem Bonus gewürdigt wird die verantwortungsvolle Arbeit der Pflegekräfte unter erschwerten Bedingungen. Beschäftigte in der Altenpflege erhalten gestaffelt eine einmalige Coronaprämie von bis zu 1.500 Euro. Experten fordern allerdings eine generell bessere Bezahlung der Pfleger. Für Unmut sorgte zudem, dass Krankenpfleger bei der Prämie leer ausgingen, obwohl auch sie zu den Berufsgruppen mit einem erhöhten Infektionsrisiko gehören. Wie bedeutsam die gesellschaftliche Fürsorge für ältere Menschen in der Coronakrise ist, machte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Ende April im Bundestag deutlich, als sie mahnte: „Vergessen wir nie diese Menschen und die zeitweilige Isolation, in der sie leben müssen. Diese 80-, 90-Jährigen haben unser Land aufgebaut. Den Wohlstand, in dem wir leben, haben sie begründet.“ **pk**

# Die große Kluft

**SOZIALES** Schulschließungen, Preiserhöhungen und digital abgehängt – arme Familien sind von dem Corona-Lockdown deutlich stärker betroffen als andere

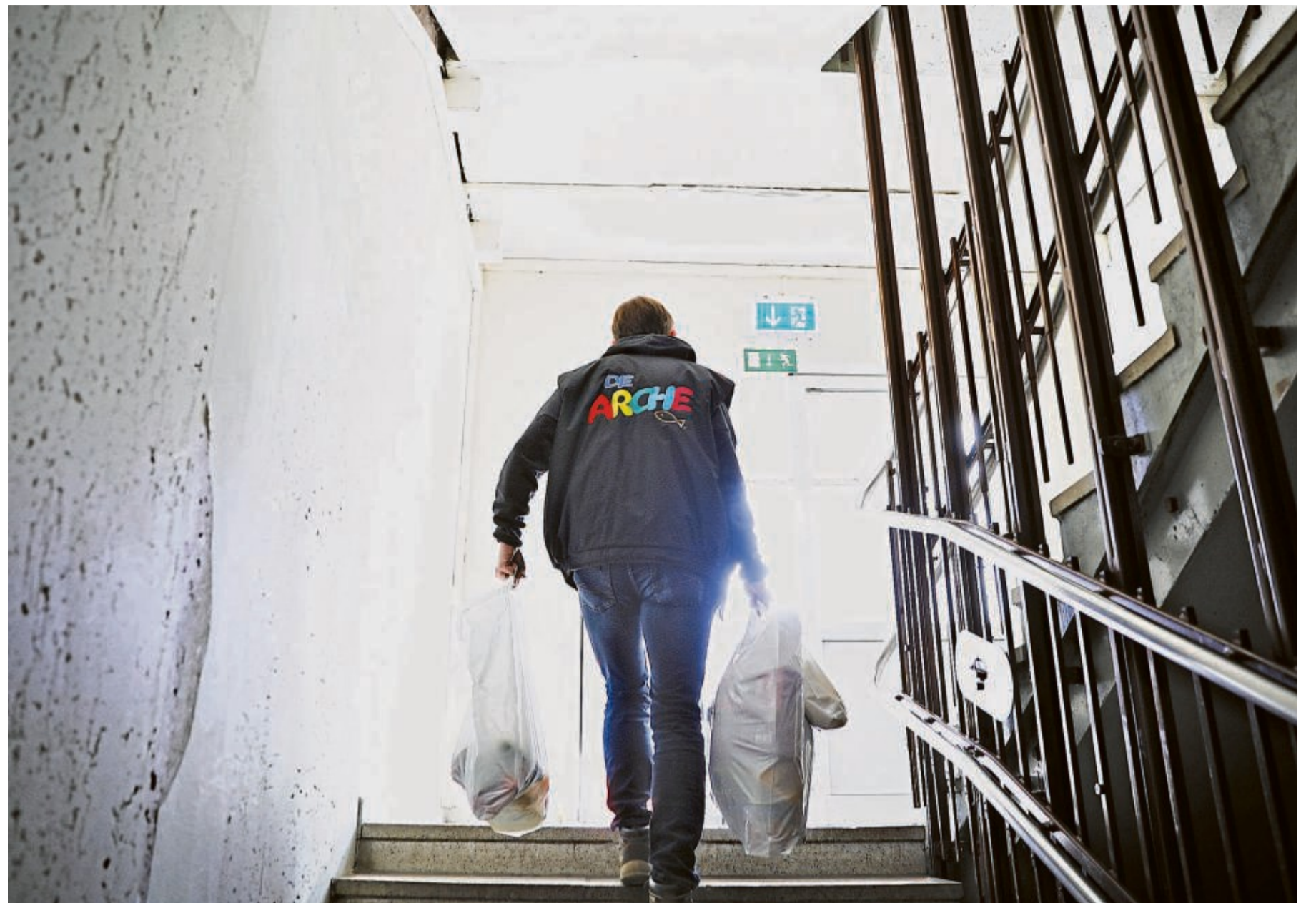
Ohne die Arche-Stiftung hätten sie und ihre Kinder die Corona-Krise nicht meistern können. Da ist sich die 36-jährige Jessica Lange sicher. Als die Schulen Mitte März schlossen, war die Alleinerziehende komplett auf sich gestellt. „Der ganze Unterricht war plötzlich online. Doch wir haben kein Internet und auch keinen Laptop“, erzählt die gelernte Industriekaufrau. Mit ihrem Smartphone hat sie zusammen mit ihrer achtjährigen Tochter sowie den 13 und 15 Jahre alten Söhnen dennoch versucht, so gut wie möglich die Lernaufgaben zu lösen. „Ich hätte mir wirklich mehr Unterstützung von der Schule gewünscht“, sagt sie nachdenklich. Als ihr die Schule ein Tablet zur Verfügung stellen wollte, konnte sie es nicht annehmen. „Da war kein Internet dabei und ich hätte unterschreiben müssen, dass ich für 800 Euro haften. Das Geld habe ich nicht.“

Der Gründer der Kinderstiftung Arche, Pastor Bernd Siggelkow, weiß, dass es vielen Familien so ging wie Jessica Lange, die Hartz IV bezieht. „Unsere Familien empfinden, dass sie noch abgehängter sind als vorher“, sagt er. „Die soziale Schere wird immer größer.“ Die Versäumnisse in der Schule aufgrund der fehlenden digitalen Voraussetzungen zu Hause hält er für nicht aufholbar. „Ich habe erlebt, dass sich bei einem Großteil unserer Schüler sechs Wo-

chen die Lehrer nicht gemeldet haben“, sagt er. „Da werden ganz deutliche Schäden bleiben.“

Die Corona-Krise machte einmal mehr deutlich, wie stark der Bildungserfolg vom eigenen Geldbeutel abhängt. Denn Deutschland hat es versäumt, die Schulen ans Netz zu hängen und digitales Lernen für alle Kinder zu ermöglichen. In der Pandemie stellte das Bildungsministerium kurzfristig 100 Millionen Euro für digitalen Unterricht zur Verfügung. Aus eigenen Mitteln kauften die Bundesländer Laptops und verteilten sie über die Schulen an bedürftige Familien. Die Zahl ist allerdings viel zu niedrig. In Berlin beispielsweise stellte der Bildungssektor 9.500 Geräte bereit. Jessica Lange berichtet auch, dass sie von ihrem Ersparnis extra einen Drucker anschaffen musste, damit ihre Kinder überhaupt die Lernaufgaben bewältigen konnten. Ihre Söhne hätten dann immer wieder auf die Arbeitsblätter schreiben müssen: „Ich habe kein Internet, ich kann die Aufgabe nicht erledigen.“

Bundesweit mussten zwar alle Arche-Einrichtungen an ihren 26 Standorten schließen. Dafür sind die Mitarbeiter mit Lebensmitteln und Bastelmaterial zu den Familien an die Haustür gekommen. „Wir betreuen die Menschen nicht, wir führen eine Art Lebensgemeinschaft. Deshalb mussten wir nichts neu erfinden. Wir mussten uns nur neu organisieren“, sagt Siggelkow, der die Arche vor 15 Jahren in



Weil die Familien nicht zu ihnen kommen konnten, kamen die Arche-Mitarbeiter zu den Familien.

© picture-alliance/AP Photo

Berlin-Hellersdorf gegründet hat, einer Plattenbausiedlung ganz am östlichen Stadtrand. Mit Live-Chats hielten die Mitarbeiter der Arche täglich Kontakt zu den Familien. Sie halfen bei den Schulaufgaben und initiierten kreative Wettbewerbe gegen Langeweile und Frust. Sie überbrachten Backmischungen und Zutaten für das gemeinsame Kuchenbacken in der Familie. Das Ergebnis wurde in Fotos festgehalten. Auch Jessica Lange erzählt, dass sie und ihre Kinder zwei Mal Wochengewinner waren. Als Preis gab es eine Pizza-Lieferung für die ganze Familie.

**Risiko für Alleinerziehende** Für Alleinerziehende ist das Risiko, arm zu werden, besonders hoch: Mehr als ein Drittel der Alleinerziehenden bekommen Hartz IV, über 40 Prozent von ihnen sind nach EU-Kriterien armutsgefährdet. Die Kinder haben damit etwa vier Euro täglich fürs Essen. Deshalb machte allein schon das weggefallene kostenlose Mittagessen in Schulen oder sozialen Einrichtungen diesen Familien zu schaffen. Hinzukommen Preiserhöhungen für Lebensmittel. Laut offiziellen Erhebungen haben sich in diesem Frühjahr vor allem frische Lebensmittel wie Obst und Gemüse um bis zu zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr verteuert.

Den von der Bundesregierung beschlossenen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro hält Siggelkow deshalb nur für

einen Tropfen auf den heißen Stein. „Die 300 Euro pro Kind sind eine Hilfe, aber die Überteuering, die wir erleben, führt nicht dazu, dass die Familien mehr Geld in der Tasche haben“, sagt er. Nicht nur das Home-Schooling in oft beengten Wohnungen, auch die große finanzielle Unsicherheit verschärft die Situation vieler Familien. Wie eine Mischung aus Stress, Frust und Hilflosigkeit zu Gewalt führen kann, hat Siggelkow schon oft erlebt. Auch in der Corona-Krise hätten sie deeskalierend mit Telefonaten einwirken können. „Wir sind ein Schutz vor Eskalation, aber wir sind nicht 24 Stunden in der Familie“, sagt der Arche-Gründer.

Siggelkow teilt die Sorge vieler Mitarbeiter des Jugendschutzes, dass die Ausgangsbeschränkungen zu mehr Gewalt an Kindern und Jugendlichen geführt haben. Auf eine große Zunahme der Anrufe bei der Kinderschutzhotline während der Krise verweist auch das Familienministerium. Gesicherte Daten über eine Zunahme an häuslicher Gewalt gibt es allerdings bislang nicht, allenfalls Erfahrungen.

Für Uwe Kamp vom Deutschen Kinderhilfswerk stellt sich die Situation als ambi-

valent dar. Denn während des Lockdowns seien die Anzeigen bei der Polizei wegen häuslicher Gewalt zurückgegangen, sagt er. Aufgrund fehlender Kontrollinstanzen von Erziehern, Lehrern oder Mitarbeitern der Kinder- und Jugendhilfe gehe er aber davon aus, dass die ohnehin hohe Dunkelziffer weiter gestiegen sei. „Grundsätzlich lässt sich Gewalt gegen Kinder nicht auf Altersgruppen oder bestimmte Schichten zurückführen“, sagt Kamp. Das ganze Ausmaß werde aber vermutlich auch dann nicht sichtbar, wenn die Schulen und Kitas wieder vollständig geöffnet seien, befürchtet er. „Denn blaue Flecken verheilen nach kurzer Zeit wieder, so wird nur schwer herauszufinden sein, was in vielen Familien in den letzten Wochen tatsächlich los war.“

Um die sozialen Folgen der Pandemie abzufedern, hat der Bundestag zwei milliardenschwere Sozialschutzpakete auf den Weg gebracht. Dazu gehören unter anderem ein höheres Kurzarbeitergeld, ein vereinfachter Zugang zur Grundversicherung, die vorübergehende Aussetzung von Sanktionen, eine verlängerte Auszahlung von Arbeitslosengeld I. Auch ein Notfall-Kinderzuschlag und Entschädigungszahlungen für Verdienstauffälle wegen der

Kinderbetreuung wurden beschlossen. Viele der Maßnahmen helfen in erster Linie Erwerbstätigen, während die Armen der Gesellschaft weitgehend vergessen worden seien, betonen Kritiker wie der Armutsforscher Christoph Butterwege. „Wie in einem Brennglas sind soziale Gegensätze während der Krise viel deutlicher zu Tage getreten, die schon vorher existierten“, betont er. Auf der einen Seite gebe es die hochqualifizierten Akademiker im Homeoffice, auf der anderen Seite die Beschäftigten im Niedriglohnssektor. Die große Frage sei nun, wer die Milliardenkosten der Hilfspakete trage. „Die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe werden sich verschärfen, befürchtet Butterwege.“

Grünen und Linke im Bundestag haben sich zwar dafür eingesetzt, einen Corona-Aufschlag in der Grundversicherung einzuführen, konnten sich damit jedoch nicht durchsetzen. Der CDU-Abgeordnete Matthias Zimmer gab zwar zu: „Dem Grundgedanken kann man nicht widersprechen.“ Allerdings werde sozialer Zusammenhalt nicht durch Umverteilung, sondern durch Leistung gewährleistet. Ähnlich äußerte sich die FDP in der Bundestagsdebatte dazu. „Sie versprechen allen alles“, kritisierte deren Sozialexperte Pascal Kober und fügte hinzu: „Ich vermisse nur eins, das Preisschild.“

Susann Kreuztzmann

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

## An den Entscheidungen beteiligen

**MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN** Die Kontaktbeschränkungen sind für viele zur existentiellen Frage geworden

Soziale Distanz, Kontaktbeschränkungen und Abstand halten – der zeitweilige Lockdown hat insbesondere Menschen mit Behinderungen in ein Dilemma gebracht. Der soziale Kontakt ist für viele eine essentielle Lebensgrundlage, gleichzeitig sind einige aufgrund von Vorerkrankungen als „Risikogruppe“ besonders gefährdet. Wochenlang mussten sie in Wohnheimen auf engstem Raum ausharren. Ausreichende Schutzmaßnahmen waren vor allem zu Beginn der Krise kaum möglich, denn dem Pflegepersonal fehlte es an Ausrüstung. Das Ansteckungsrisiko ist in Wohn- und Pflegeheimen höher, als in ambulanten Wohnungen mit persönlicher Assistenz. Je mehr Zeit verging, desto mehr häuften sich Berichte von steigender Infektionsgefahr und sozialer Isolation, Betroffene klagten über Ausgrenzung und hatten Angst, vergessen zu werden.

**Schutzauftrag** Dabei hat der Staat laut Grundgesetz einen besonderen Schutzauftrag für Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung. Raul Krauthausen sagt, dass dieser Grundsatz in der Coronakrise nicht eingelöst worden sei. Er engagiert sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, ist selbst Gründer des Vereins „Sozialhelden“, der sich für mehr Teilhabe und Barrierefreiheit einsetzt. In der Krise habe sich „wie unter einer Lupe offenbart, warum es gefährlich ist, Menschen mit Behinderung in Sonderwelten zu konzentrieren.“ Die Folgen: höhere Gefährdung, soziale Isolation, Stigmatisierung. Deutlich wurde dies insbesondere in den Debatten um einen möglichen Versorgungsnotstand des Gesundheitssystems.

Ende März formulierte eine Kommission medizinischer Fachgesellschaften Handlungsempfehlungen für Ärzte für den Fall, dass Krankenhausbetten und Beatmungsgeräte knapp werden sollten. Die Leitlinien bestimmten Kriterien für die Priorisierung von Behandlungen: Krauthausen sagt, dass die Gefahr, dass Menschen mit Behinderungen bei der Behandlung hinten angestellt werden, groß sei. Denn: Wer bereits Vorerkrankungen habe, habe schlechtere Chancen auf ein Beatmungsgerät.

Krauthausen kritisiert, dass Menschen mit Behinderungen am wenigsten mitgedacht wurden und am wenigsten mitentscheiden durften. Er sagt, die Politik habe sich vor den durch die Krise offenbarten Missständen „weggeduckt“. Dass Menschen mit Behinderungen von der Krise besonders betroffen sind, sagt auch Wilfried Oellers, der Beauftragte der Unionsfraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen. So sei zum Beispiel das Risiko, arbeitslos zu werden und dann erstmal zu bleiben, deutlich größer als für Menschen ohne Behinderungen. Allerdings widerspricht Oellers der Behauptung, die Politik hätte sich „weggeduckt“. Die Koalition habe einiges auf den Weg gebracht, etwa die finanzielle Unterstützung von sozialen Dienstleistern und Einrichtungen. Zudem verzichte der Bund 2020 durch die Änderung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung auf 70 Millionen Euro

zugunsten der Integrationsämter.

Bei der Kritik von Behinderten-Verbänden geht es auch um die Frage der politischen Entscheidungsfindung: Die ethisch-medizinische Handlungsempfehlung wurde ohne Interessensvertreter von Menschen mit Behinderungen erarbeitet. Kaum ein Krisenstab verfügt über eine repräsentative Quote an Menschen mit Behinderungen.

Dass dies nicht nur ethisch-moralische Fragen aufwirft, sondern auch finanzielle Folgen nach sich zieht, zeigt das Beispiel der Werkstätten. Anders als für den Großteil der Wirtschaft gab es zu Beginn keine Sicherungspakete für Werkstätten für behinderte Menschen. Regelungslücken und Unklarheiten wurden deutlich, die eine soziale Sicherung der Menschen mit Behinderungen erschwerten. Früh wurden die Türen der Werkstätten und somit die Arbeitsmöglichkeiten geschlossen, erst seit Mitte Juni öffnen die Einrichtungen wieder sukzessive ihren Betrieb.

Volker Berg von der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e.V. hält diese Regelung zwar für richtig, nicht jedoch die Ausgestaltung: Die Betretungsverbote seien für alle Beschäftigten ausgesprochen worden, ohne weitere Auseinandersetzung mit dem Personenkreis und den konkreten Gefährdungspotentialen und einzig und allein aufgrund der Tatsache, dass Werkstattbeschäftigte eine Behinderung haben.

Alternativen zu den Schließungen hätten laut Berg früher diskutiert werden müssen. „Werkstattbeschäftigte dürfen hinsichtlich der Werkstattentgelte nicht durchs Raster fallen. Auch für sie müssen Lohnersatz- oder Entschädigungsleistungen geschaffen werden“, fordert er.

Die vom Bundeskabinett beschlossene Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung bedeutet für die Werkstätten eine Sicherung der Entgelte. Berg sagt, die Politik habe „erkannt, dass sich die finanzielle Situation vieler Menschen mit Behinderungen in Werkstätten durch die Krise verschlechtert hat“ und nun endlich reagiert. In den Wohnheimen hat sich die Situation indes nur wenig entspannt. Zwar dürfen die Bewohner inzwischen wieder vereinzelt Besuch empfangen, auch die Ausrüstung wurde aufgestockt. Dennoch bleibt die Situation risikoreich.

**Langfristige Verbesserungen** Die Gefahr, dass erneut auf nur Isolation statt Veränderung der Struktur gesetzt wird, falls eine zweite Welle kommt, ist hoch. Um die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen jedoch langfristig zu verbessern, braucht es politische Entscheidungen, mit denen sie nicht durch das Raster fallen, etwa die Aufstockung des Personals, Bereitstellung finanzieller Ressourcen für Einrichtungen, mehr Möglichkeiten für individuelles Wohnen. Das Mitbeeinhalten von Menschen mit Behinderung in den Entscheidungsprozess wäre ein Anfang.

Sarah Ulrich

Sarah Ulrich arbeitet als Autorin unter anderem für die „taz“.

## Freudiges Ferienende

**SCHULEN** Länder wollen Regelbetrieb wieder aufnehmen

Es könnte das freudigste Ferienende in der deutschen Schulgeschichte werden. Nach Wochen des kompletten Lockdowns und weiteren Wochen eines nur sehr eingeschränkten Schulbetriebs streben die Bundesländer nach den Sommerferien wieder den Regelbetrieb an fünf Tagen in der Woche an. Darauf hatten sich die Kultusminister bereits Mitte Juni geeinigt – unter der Bedingung, dass es das „weitere Infektionsgeschehen zulässt“. In der vergangenen Woche legte die Kultusministerkonferenz (KMK) nun nach und präsentierte einen gemeinsamen Rahmenplan für „Infektionsschutz- und Hygienemaßnahmen“. Die KMK-Präsidentin und rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) betonte noch einmal, dass die Schüler „ein Recht auf Bildung“ hätten, das „mit den notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor einer Verbreitung des Coronavirus in Einklang“ gebracht werde. Der Rahmenplan sieht jedoch nur wenige konkrete bundesweit gültigen Auflagen vor.

**Ohne Abstand** So soll auf den bisherigen Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen Schülern, Lehrern und anderen Betreuern verzichtet werden – zumindest innerhalb der Klassenverbände. Auf Begrüßungen mit Körperkontakt soll jedoch weiterhin verzichtet werden. Die Unterrichtsräume sollen nach jeder Schulstunde gründlich gelüftet und in den Sanitärbereichen ausreichend Flüssigseife und Einmalhandtücher vorhanden sein. Alle weiteren Maßnahmen wie etwa die Durchführung regelmäßiger Corona-Tests und das Tragen einer Mund-Nase-Maske überlässt die KMK der Eigenverantwortung der Länder.

Trotz des verabredeten Regelbetriebs lässt die KMK die Möglichkeit für Unterricht aus der Ferne, sprich Homeschooling, bewusst offen, falls die Infektionszahlen wieder ansteigen sollten oder Lehrer gesundheitsbedingt nicht in der Schule unterrichten können. Nach Schätzungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des Deutschen Lehrerverbands (DL) gehören 20 bis 30 Prozent der Lehrer aufgrund ihres Alters oder Vorerkrankungen zur Risikogruppe. GEW und DL fordern deshalb wöchentliche Coronatests von Schülern und Lehrern auf freiwilliger Basis und den konsequenten Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen, um einen vernünftigen Fernunterricht gewährleisten zu können. Zudem müssten dafür entsprechende pädagogische und didaktische Konzepte erarbeitet werden. Gewerkschaften und Verbände befürchten, dass die Schulen wie bereits in den vergangenen Monaten weitestgehend auf sich allein gestellt sein könnten.

Viel Zeit bleibt Schulen, Kultusministerien und Lehrern nicht mehr, um sich auf den Neustart vorzubereiten. In Mecklenburg-Vorpommern öffnen die Schulportale bereits wieder am 2. August. In Bayern, wo die Ferien erst am 7. September enden, wird man deshalb genau hinschauen, welche Erfahrungen im Norden gemacht werden.

Alexander Weinlein



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Demonstrantin in München im April: Die Einschränkungen im Zuge der Corona-Krise führten mit zunehmender Dauer zu Protesten im ganzen Land.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com / Sachelle Babbar

# Tiefe Einschnitte

**GRUNDRECHTE** Im Streit um die massiven Freiheitsbeschränkungen hat sich der Rechtsstaat bewährt

Eine der schärfsten Kritikerinnen der Corona-Beschränkungen – zumindest im Spektrum derer, die ernst zu nehmen sind – war Juli Zeh. Die 46-jährige Schriftstellerin, nebenbei ehrenamtliches Mitglied des Landesverfassungsgerichts in Brandenburg, ließ Anfang April in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ an der deutschen Corona-Politik kein gutes Haar. Ausgehend von der Annahme, dass „viel schlimmere Pandemien oder andere Katastrophen denkbar“ seien als die Corona-Pandemie, warf sie Politikern mit „wenig Rückgrat“ vor, auf „eine eskalierende Medienberichterstattung“ gestützt Angst zu schüren und mit Hilfe einer „Bestrafungstaktik“ unnötige Freiheitsbeschränkungen durchzusetzen. Der eine oder andere profilierte sich als „starker Anführer“. Dabei kämen Grundrechte unter die Räder. Der einstige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, betonte in derselben Zeitung: „Selbst in Kriegszeiten werden die Grundrechte nicht angetastet“ – äußerte sich aber ansonsten deutlich differenzierter. Zeh musste für das Interview viel Kritik einstecken. Unter anderem Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) verwahrte sich dagegen mit dem Hinweis, dass Tausende Menschen an dem Coronavirus starben. „Ich weiß nicht, wie man an-

**Zentrale Rechte wurden von einem Tag auf den anderen beschnitten.**

gesichts dieser Tatsache zu der Einschätzung gelangen kann, dass hier Panikmache betrieben werde und dabei unnötig Freiheitsrechte eingeschränkt würden“, argumentierte sie. Tatsächlich hat sich rund vier Monate nach Beginn der Pandemie manches wieder eingeegelt – weil die Epidemie zumindest in Deutschland nachgelassen hat, aber auch weil die Beteiligten den Umgang mit der ungewohnten Lage erst „üben“ mussten.

Richtig ist ja, dass im März von einem Tag auf den anderen zentrale und in der Verfassung garantierte Grundrechte beschnitten wurden – und zwar im Wesentlichen mit Hilfe von exekutiven Verordnungen und auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes: die Demonstrationen wurden verboten, die Gewerbefreiheit und die Reisefreiheit. Das hatte es so seit Gründung der Bundesrepublik 1949 noch nie gegeben. Die Parlamenten schienen zum Zuschauer verdammt. Die ersten

Notmaßnahmen im Rahmen des Lockdowns seien „durchweg gerichtlich gebilligt worden“, sagt der Berliner Verfassungsrechtler Ulrich Battis. Sehr rasch hat sich dann aber auch vieles relativiert. Herrsche noch im März ein komplettes Demonstrationsverbot, folgten im April und Mai zunächst Proteste gegen die Corona-Beschränkungen selbst – zunächst von kleineren Gruppen wie vor der Berliner Volksbühne, später von Tausenden wie in

München oder Stuttgart – und im Juni Anti-Rassismus-Demos quer durch das ganze Land. Es waren nicht selten Gerichte, die den Protestzügen den Weg ebneten. So fällt etwa das Bundesverfassungsgericht am 15. April eine Eilentscheidung und hob ein Versammlungsverbot im hessischen Gießen auf. Dort hatten knapp 30 Bürger demonstrieren wollen unter dem Motto „Gesundheit stärken statt Grundrechte schwächen“. Die Karlsruher Richter befanden, ein pauschales Verbot sei unzulässig. Vielmehr müssten die konkreten Umstände des Einzelfalles berücksichtigt werden. Ähnliche Gerichtsentscheidungen ließen nicht lange auf sich warten. Stets ging es um die Frage, ob der Grundrechtssatz der Verhältnismäßigkeit ausreichend beachtet worden sei.

Ein weiterer Konfliktpunkt war die Corona-Warn-App. Ursprünglich hatte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) den Gesundheitsämtern der Landkreise die Erlaubnis geben wollen, Handy-Daten zu orten. Nicht zuletzt Lambrecht widersprach ihm, aus praktischen wie aus grundsätzlichen Erwägungen. Spahn gab nach. Bei der Entwicklung der Corona-Warn-App gab es dann Streit in der IT-Community darüber, ob die Speicherung der Daten zentral oder dezentral erfolgen solle. Die Befürworter einer dezentralen und damit eher datenschutzkonformen Lösung setzten sich durch. Auch dass

**Die Eindämmung scheint den Verantwortlichen Recht zu geben.**

die App lediglich auf Basis der Freiwilligkeit installiert werden sollte, war bald Konsens. Nur dann, so hieß es, werde sie Akzeptanz und Verbreitung finden. Es war in diesem Fall nicht die Justiz, es war die Zivilgesellschaft, die Freiheiten sicherte.

Was die Einschränkung der Bewegungsfreiheit angeht, so war es wiederum ein Gericht, das die Politik in die Schranken wies. Nach einem massiven Corona-Ausbruch in einer Fleischfabrik des Industriellen Clemens Tönnies waren Mitte Juni Corona-Beschränkungen für den gesamten Kreis Gütersloh verhängt worden. Das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht kassierte diese Beschränkungen. Weil Infektionen überwiegend bei den Tönnies-Mitarbeitern festgestellt worden seien, dürfe man nicht sämtliche Bewohner des Kreises dazu verdammen, die Konsequenzen zu tragen, mahnte das Gericht. Eben das sei unverhältnismäßig.

Aus Sicht von Verfassungsrechtler Battis war der Verlauf in gewisser Weise typisch. „Die Exekutive ist zu Beginn sehr schnell und forsch vorgegangen“, sagte er. „Das war auch angemessen.“ Sie habe jedoch mancherlei Maßnahmen zu rigoros oder zu lange verhängt. Dies hätten Gerichte korrigiert und dabei „sehr gute Arbeit geleistet“. Eine Lehre des emeritierten Jura-Professors lautet überdies: „Das Infektionsschutzgesetz entspricht nicht vollständig den Anforderungen des Grundgesetzes;

es ist nicht präzise und bestimmt genug. Man hat großzügig Eingriffe zugelassen, die im Gesetz genauer geregelt werden müssten.“ Eine zweite Lehre lautet, getroffene Maßnahmen ständig im Lichte der Entwicklung zu überprüfen.

Für offen hält der 76-Jährige unterdessen, „ob staatliche Zuschüsse oder Kredite für Gewerbetreibende, denen die Bude zugemacht wurde, ohne dass sie Infektionsherde waren, in jedem Fall ausreichend sind“ – oder ob es da nicht festgelegte Entschädigungen geben müsse. Auch das gelte es noch zu klären.

**Korrektiv** Unter dem Strich lässt sich sagen: Die im Grundgesetz verbrieften Freiheiten wurden im Rahmen des demokratischen Rechtsstaates im Zuge der Corona-Krise zwar teilweise enorm eingeschränkt. Allerdings wurden die Einschränkungen nicht zuletzt im Rahmen eines politischen Wettbewerbs der Bundesländer und angepasst an das Infektionsgeschehen auch wieder zurückgenommen oder die Entscheidungen an untere Ebenen delegiert. Geschah dies nicht, funktionierten die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates, allen voran die Judikative, als Korrektiv. Die Eindämmung der Epidemie scheint den Verantwortlichen zwischen Konstanz und Kiel verglichen mit anderen Erdteilen Recht zu geben. Ulrich Battis jedenfalls hält die eingangs zitierte Pauschalkritik von Juli Zeh und anderen für „ziemlich übertrieben“.

Markus Decker

Der Autor ist Hauptstadt-Korrespondent des RedaktionsNetzwerks Deutschland.

## Gesenkte Schlagbäume in Europa

**GRENZKONTROLLEN** Ende Februar schien die Lage ernst, aber überschaubar. Am 28. Februar meldete das Bundesinnenministerium, dass zum Schutz vor dem Corona-Virus die „Maßnahmen im grenzüberschreitenden Verkehr nach Deutschland auf sämtlichen Verkehrswegen intensiviert“ würden und die Bundespolizei ihre Kontrollen im 30-Kilometer-Grenzraum verstärkte.

Gut zwei Wochen später machte das EU-Land mit den meisten Nachbarstaaten einen großen Teil seiner Grenzen dicht, im Herzen Europas, inmitten des „schrakenlosen“ Schengenraums: Seit dem 16. März griffen an den deutschen Grenzen zu Österreich, der Schweiz, Frankreich, Luxemburg und Dänemark wieder Grenzkontrollen; wer keinen „triftigen“ Reisegrund angeben konnte, durfte weder ein- noch ausreisen, passieren konnten lediglich der Warenverkehr und Berufspendler, die die Notwendigkeit ihres Grenzüberschritts nachweisen mussten. Am 18. März wurden die Binnengrenzkontrollen auf den innereuropäischen Luft- und Seeverkehr ausgeweitet, auf Flüge aus den genannten Nachbarländern sowie aus Italien und Spanien; auch auf Schiffe aus Dänemark. Ab dem 20. März konnten die betroffenen Landgrenzen nur noch an bestimmten Übergangsstellen überschritten werden. Nicht rein, nicht raus, lautete nun die Regel an vielen Abschnitten der fast 3.900 Kilometer langen Landgrenze Deutschlands, an der es etwa zu Frankreich und Luxemburg schon ein Vierteljahrhundert regulär keine stationären Grenzkontrollen mehr gab. Jetzt aber konnten sogar französisch-deutsche Eheleute nicht mehr über die Grenze, getrennt lebende Eltern teilweise nicht mehr ihren Nachwuchs auf der anderen Seite besuchen.

**Nicht allein** Dabei stand Deutschland keineswegs allein. Schon vor dem 16. März hatten etliche EU-Staaten Grenzen abriegelt, darunter Dänemark, Polen, Tschechien und Österreich; andere folgten kurz danach. Am 22. März vermeldeten bereits 15 europäische Staaten, im Schengenraum Grenzkontrollen eingeführt zu haben. Generationen, die bislang nur vom elterli-



Ein Bundespolizist weist an der Grenze zur Schweiz am 16. März Reisende ab.

chen Schwärmen über grenzenloses Reisen genervt wurden, erlebten plötzlich Europa selbst als „geschlossene Veranstaltung“. Für zwei, drei Monate zumindest. Mitte Mai wurden etwa die Absperrungen an den Grenzübergängen zu Luxemburg weggeräumt und die dortigen Grenzkontrollen beendet; zuvor hatten auch luxemburgische wie deutsche Spitzenpolitiker vehement auf den Schritt gedrängt. „Die Grenzschließungen und Kontrollen verursachen einen immer größer werdenden Unmut in der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze“, konstatierte damals etwa Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn und warnte davor, das „grenzüberschreitende Zusammenleben in der Großregion dauerhaft zu schädigen“.

An anderen Abschnitten wurden die Kontrollen gelockert, aber verlängert; Quarantäne-Vorschriften wurden aufgehoben. Mit dem 15. Juni beendete Deutschland die Corona-Kontrollen auch an den Grenzen zu Österreich, der Schweiz, Frankreich und Dänemark (das an Einreisebeschränkungen festhielt). Auch im Luftverkehr mit Italien wurden Einreisende ab Mitte Juni nicht mehr kontrolliert, Spanien folgte am 21. Juni. „Damit ist die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union wieder hergestellt“, freute sich Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). In Tschechien war die Einreise für Deutsche seit Anfang Juni wieder möglich, Polen öffnete seine Grenzen zu seinen EU-Nachbarn am 13. Juni. In den drei Monaten bis zum 11. Juni hatte die Bundespolizei laut Seehofer bei den coronabedingten Grenzkontrollen rund 196.000 Zurückweisungen ausgesprochen; 6.000 Beamte seien seit dem 16. März täglich im Einsatz gewesen. Bei 122, bilanzierte sein Ministerium Mitte Juni, sei eine Infektion mit dem Corona-Virus bekannt, und der Ressortchef attestierte der Bundespolizei per Interview, einen ihrer „schwierigsten Einsätze“ bewältigt zu haben. sto

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg.

Patrick Sensburg (CDU) gehört dem Bundestag seit 2009 an und ist Vorsitzender des Ausschusses für Wahlordnung, Immunität und Geschäftsordnung.

## »Am Ende der Sommerpause ist die Corona-Lage zu analysieren«

**BUNDESTAG** Der Vorsitzende des Geschäftsausschusses über die Arbeit des Parlaments in Zeiten der Pandemie

Herr Sensburg, um auch in Corona-Zeiten arbeitsfähig zu bleiben, hat der Bundestag seine Geschäftsordnung geändert. Danach ist er derzeit beschlussfähig, wenn mehr als ein Viertel statt die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Warum das?

Wir wollten ermöglichen, im Plenum und in Ausschüssen auf Abstand zu tagen. Dazu war es notwendig, dass weniger Abgeordnete etwa in den Plenarsaal kommen müssen. Deshalb sollten Sitzungen nicht mehr wegen fehlender Beschlussfähigkeit beendet werden müssen, weil weniger als die Hälfte anwesend sind. Damit konnten wir die Anwesenheit im Plenarsaal so ausdünnen, dass der nötige Abstand gewahrt wird.

Es gab anfangs auch Überlegungen, die Etablierung eines deutlich kleineren

„Notparlaments“ zu ermöglichen, wie es bislang für den Verteidigungsfall vorgesehen ist. Sollte das wieder aufgegriffen werden?

Das sehe ich nicht; ich war auch dagegen. Eine solche Notsituation wie ein Verteidigungsfall ist sehr unwahrscheinlich. Wenn man so etwas wie ein Notparlament für bestimmte Ereignisse einmal etabliert, gibt es einen gewissen Drive, relativ oft darauf zurückzugreifen. In einem auf wenige Mitglieder beschränkten Notparlament wäre es aber nicht möglich, dass alle Abgeordneten auch die ihnen zustehenden Rechte wahrnehmen können. Deswegen sollte man damit gänzlich zurückhaltend umgehen.

Die Änderung der Geschäftsordnung ist bis Ende September befristet. Gibt es bei Bedarf eine Verlängerung, oder sehen Sie inzwischen andere, bessere Möglichkeiten?

Am Ende der Sommerpause wird man analysieren müssen, wie die Corona-Lage dann ist und ob etwa nach der Urlaubszeit eine zweite Welle droht. Darum war es

wichtig, diese Regelungen nicht – wie von einer Fraktion gefordert – schon vor der Sommerpause zu beenden, sondern auch erste Sitzungen danach unter diesen Bedingungen zu ermöglichen. So können wir im September beurteilen, ob sich die Lage dann so sehr verbessert hat, dass wir die Änderungen auslaufen lassen können, oder ob wir weiter auf Abstand tagen müssen. Es dient ja gegebenenfalls nicht nur dem Schutz der Abgeordneten, sondern auch dem Schutz von Dritten, wenn wir hier kein Corona-Herd werden. Schließlich haben Abgeordnete mit vielen Menschen Kontakte und damit auch eine Verpflichtung, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

In bestimmten Bereichen – wie Ausschusssitzungen, Anhörungen – wurde die Öffentlichkeit nur noch per Video hergestellt. Eine Möglichkeit auch für die Zukunft?

Wenn das nicht sein muss aufgrund einer Pandemie, sollte man da, wo Öffentlichkeit zugelassen ist, sie auch in den jeweiligen Raum lassen. Ich glaube, dass das au-



Patrick Sensburg (CDU)

thentische Erlebnis, einer Sitzung auf der Tribüne zu folgen, mehr bringt als eine Videoübertragung am Monitor. Nachdenken kann man über die Möglichkeit, Sachverständige bei Anhörungen per Video zuzuschalten. Wenn ein wichtiger Experte etwa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





In diesen Zeiten der Pandemie gibt es kaum eine Rede oder Diskussion ohne den Verweis auf Solidarität und Vertrauen. Es sind Konzepte, die die Verbundenheit der Menschen untereinander ins Zentrum rücken, ein Zusammengehörigkeitsgefühl geradezu beschwören. Ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt läuft nichts, schon gar nicht in der Krise, so die Diagnose.

Dabei geht es um weit mehr als vorgegebene gemeinsame Merkmale, die Menschen teilen und die Émile Durkheim als Grundlage einer „mechanischen“ Solidarität ausgemacht hat. Es geht um den Befund, dass die Menschen aufeinander angewiesen sind, um eine organische Solidarität. In einer Pandemie heißt das: Man kann sich nicht selbst schützen, ohne gleichermaßen von anderen geschützt zu werden. Eine solche Reziprozitätserwartung steckt auch im Vertrauen, nur ist sie dort unmittelbarer und viel persönlicher. Solidarisch kann ich mich anderen Menschen gegenüber auch dann verhalten, wenn ich keine Gegenleistung erwarte. So spenden wir für Menschen in weit entfernten Krisengebieten; wir geben ohne die Erwartung etwas zurückzubekommen. Oder vielmehr wissen wir, dass die Gegenseite in einer anderen Währung als Geld erfolgt: als beruhigendes Gefühl, Zusammengehörigkeit zum Ausdruck gebracht zu haben.

**Geben und Nehmen** Vertrauen dagegen besteht aus einem ständigen Geben und Nehmen. Es braucht Beziehungen zwischen den Menschen: Man vertraut einander. Dafür muss man sich gegenseitig kennen, zumindest so gut, dass man „solide Hypothesen über das Verhalten anderer“ hat, wie es Georg Simmel ausdrückte. Er stellte fest: „Der völlig Wissende braucht nicht zu vertrauen, der völlig Nichtwissende kann vernünftigerweise nicht einmal vertrauen.“ Und nach Kenneth Arrow ist Vertrauen damit nicht mehr und nicht weniger als ein „soziales Schmiermittel“.

Wenn wir also in Zeiten von Corona über Solidarität sprechen, geht es uns genau um dieses Schmiermittel. Wir reden von Solidarität, meinen aber Vertrauen. Denn die Menschen erwarten für ihren Einsatz durchaus eine Honorierung. Sie nehmen sich zurück, doch nur für den Moment. So wollen die von Covid-19 weniger bedrohten jungen Menschen gehört werden, wenn es um ihre Zukunft geht, die vom Klimawandel wahrscheinlich stärker als von der Pandemie geprägt sein wird. Die Menschen in systemrelevanten Berufen, die ihre Gesundheit in den Dienst der Allgemeinheit stellen, erwarten, dass dem Applaus auf den Balkonen entsprechende finanzielle Maßnahmen folgen. Familien mit kleinen Kindern, besonders Mütter, hoffen, dass den Monaten ihrer extremen Überlast aufgrund geschlossener Kitas, Schulen und Vereinen ein nachhaltiger Aufbau durch eine aufsuchende Kinderbetreuung, etwa durch entsprechend vorbereitete Studierende, folgt, die Zeit bis zu einer weiteren Pandemie genutzt wird, um digitalen Unterricht flächendeckend vorzubereiten und alle Kinder mit Tablets oder Computer auszustatten. Der Vertrauensvorsprung einiger gesellschaftlicher Gruppen ist also riesig, die Erwartungen sind entsprechend hoch. Es muss alles getan werden, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen. Wir brauchen das soziale

# Vertrauensfragen

**SOZIALFORSCHUNG** Vertrauen wird als »soziales Schmiermittel« in der Corona-Krise gebraucht. Doch es ist ungleich verteilt – und das Problem droht sich zu verschärfen



Unübliches Format: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) richtete sich Anfang März in einer TV-Ansprache an die Bevölkerung, stimmte die Bürger auf die weitreichenden Maßnahmen ein und warb um Solidarität und Vertrauen.

© picture-alliance/dpa

Schmiermittel, heute wie in Zukunft. Sehr. Betrachten wir das Vertrauen näher. Der eben beschriebene Vertrauensvorsprung richtet sich an ganz unterschiedliche Träger des Vertrauens. Viel geschrieben wurde über das Institutionenvertrauen, in die Regierung oder die Gerichte. Es hat unter Corona kaum gelitten, im Gegenteil: Die Institutionen haben an Vertrauen gewonnen.

Die Menschen haben sich festgehalten an diesen Pfeilern. Gleiches gilt für das Kontextvertrauen, eine Art veräuslichtes soziales Kapital, welches für die nachbarschaftliche Unterstützung beim Umgang mit Krisen sehr wichtig ist. Zumindest in den Anfangswochen von Corona häuften sich Bekundungen, dass viele Menschen ihre Nachbarschaften erstmals richtig ken-

nengelernt haben, näher zusammengerückt sind, einander geholfen haben. Eine dritte Dimension des Vertrauens hat am meisten gewonnen: Das partikulare Vertrauen in Familie, Freunde und gute Bekannte – das „kleine Wir“. Schon vor der Krise war diese Form des Vertrauens sehr hoch, und zwar durchgängig in allen sozialen Kreisen. Während Corona wurde es

weiter gestärkt durch die Verlagerung vieler Tätigkeiten in den kleinen Kreis der Familie. Es hat auch gewonnen durch einen dichteren Kontakt zu vertrauten Kolleginnen und Kollegen, mit denen man nun virtuell zusammenarbeiten hatte oder sich in Schicksalsgemeinschaften in der Präsenzarbeit verbunden sah. Den „kleinen Wirs“ geht es meist gut.

Ganz anders stellt sich das generalisierte Vertrauen zu uns unbekanntem Menschen dar, das „große Wir“. Dieses war schon vor Corona weit weniger vorhanden und in der Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Gerade die Bildung macht einen großen Unterschied. Gut gebildete Menschen haben viel öfter ein generalisiertes Vertrauen als Menschen mit niedriger Bildung, was wohl auch damit zu tun hat, dass sie sich viel stärker als bildungsarme Menschen Fremden aussetzen und sich von Fremden akzeptiert fühlen. Gut gebildete Menschen haben zudem meist diversere Netzwerke, darunter zu Menschen, die sie nur über andere Menschen kennen. Robert Putnam spricht von einem „bridging social capital“, welches das „bonding social capital“ ergänzt. Es geht ihm um Nähe und um Brücken für die Menschen hinein in ganz andere Netzwerke. Das generalisierte Vertrauen braucht diese Brücken, braucht fremde Welten. Nur wenn sich die vielen „kleinen Wirs“ miteinander verbinden, kann das hypothetisch Erwartbare entstehen, formt sich gesellschaftlicher Zusammenhalt. Nur dadurch lassen sich, ganz im Sinne der Kontakthypothese von Gordon Allport, Vorurteile und Vorbehalte abbauen. So erst entsteht Vertrauen, und damit die Grundlage der Zivilgesellschaft.

Die Pandemie aber entzieht dem „großen Wir“ Kraft, das generalisierte Vertrauen leidet. Wer schon hat in den vergangenen Monaten völlig unbekannte Menschen getroffen? Digitale Formate taugen wenig für zufällige Begegnungen. Das Problem, das sich bereits vor der Krise angeeignet hat, verschärft sich nun, vor allem eben für die Gruppe der bildungsarmen Menschen. Es sind die Kinder aus bildungsarmen Familien, die unter den Einschränkungen im Schulbereich besonders zu leiden haben. Die allemal großen Unterschiede im Bildungsstand von Kindern nach sozialer Herkunft werden noch größer. Und damit auch die Unterschiede im generalisierten Vertrauen. Hier einen Ausgleich zu schaffen, ist besonders wichtig. Genauso wie jetzt zu planen, wie man besser durch die nächste Krise kommt.

**Vertrauen in Vereinbarkeit** Neben den unterschiedlichen Dimensionen von Vertrauen sollten wir auch die Lebensbereiche sauber voneinander trennen. Unsere Daten zeigten schon vor der Pandemie, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie grundsätzlich hinterfragt wird. Die Menschen wissen: Hat man Kinder, so muss man die eigenen Belange, auch beruflichen Erfolg, hintenstellen. Der einzige Freiheitsgrad ist die Entscheidung, ob man überhaupt Kinder haben möchte. Die Krise hat wie in einem Brennglas gezeigt: Familien mit kleinen Kindern, insbesondere aber Mütter, mussten ihre Erwerbstätigkeit besonders einschränken. Wir werden sehen, ob dies zu sinkenden Geburtenraten führen wird. Das Vertrauen in die Vereinbarkeit müssen wir in jedem Fall schnell herstellen. Dies geht nur zusammen mit den Vätern und einer Arbeits- und Sozialpolitik, die entschlossen auf Gleichberechtigung setzt.

Jutta Allmendinger

*Die Autorin ist Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Im März erschien ihr Buch „Die Vertrauensfrage“ (mit Jan Wetzel) im Dudenverlag.*

## »Es ist eher die Zeit der Abschieds- als der Liebeszenen«

**KULTUR** Das Schaffen von Künstlern und Kreativen leidet unter den Abstands- und Hygieneregeln. Für viele Selbstständige ist die Pandemie vor allem eine soziale Krise

„Hier ruht die Kultur“, lautet die Inschrift auf einem Kreuz im Schaufenster des kleinen Mode-Kunst-Kulturkaufhauses „friendly society“ in Berlin-Mitte. Die Galerie, ein Teil des Minikaufhauses, betreut Christian Heinrich, ein studierender Künstler. Tot ist die Kultur zwar nicht und das Kaufhaus muss auch nicht schließen. Aber reformbedürftig ist die Kulturszene in einigen Bereichen. Die Corona-Krise legt ihre Schwachstellen schonungslos offen.

In der Galerie von Heinrich ruht im Moment einiges, was sie seit 17 Jahren ausmacht – neben der Plattform für Werke von rund 30 Künstlern auch Kuratorial und Café zu sein. Er setzt seit Corona alles nur noch auf den Bilderverkauf. Zu tief in den Knochen stecken ihm neun Wochen Quarantäne, davon sieben in Spanien, zwei in Berlin. Bloß keine Vernissagen. Laut Hygieneschutzregeln dürfte er auf den 70 Quadratmetern ohnehin nur vier Besucher gleichzeitig empfangen. „Wenn nur einer infiziert ist, muss ich wieder für zwei Wochen schließen“, sagt Heinrich. Er ist froh über seine Doppelfunktion als Künstler und Galerist. Die Summe der Einkünfte sichert ihn ab. Aber er sorgt sich sehr um andere Galeristen, die nach 1989 nach Berlin strömten und nicht wissen, wie sie existieren sollen. Das sei schon lange so, aber Corona habe deren Misere noch einmal verstärkt.

Überangebot scheint ein verbreitetes Thema in der Kulturszene zu sein. Gregor Sigl, Bratscher im bedeutenden Artemis-Streichquartett, wundert sich, wenn er im Veranstaltungskalender für Berlin blättert. Woher sollen bloß all die Zuschauer herkommen? Die weltberühmten Berliner Philhar-

moniker sind da eher eine Ausnahme. Vor Corona wiederholten sie ihre Programme in Konzerten gleich an vier aufeinanderfolgenden Abenden, und der Scharoun-Bau mit seinen rund 2.200 Plätzen war meistens ausverkauft. Einige andere exzellente Orchester versuchten das ähnlich, es funktioniert aber nur bedingt. „Es wird sich kaum vermeiden lassen, dass eine Auslese passiert. Das war nie anders. Wenn man sich die Geschichte anschaut, ist es in der Kunst immer ziemlich gnadenlos zugegangen und in der Musik allemal. Diejenigen, die es dann trifft, haben es nicht unbedingt verdient“, meint Sigl.

**Auf Distanz** Das 1987 gegründete Artemis-Quartett hat seit dem vergangenen Jahr zwei neue Mitglieder und wurde von Corona in der „brodelnden Findungsphase“ getroffen. Das letzte Konzert vor dem Lockdown war Ende Februar, das erste Konzert nach den Lockerungen mit Publikum am 21. Juni im Leipziger Gewandhaus. Alle vier Musiker auf jeweils zwei Meter Abstand zueinander, nicht mehr aufeinander lauschend, sondern auf Sichtkontakt spielend. „Sehr unnatürlich für ein Streichquartett“, befindet Sigl. Die geplante große USA-Tournee im Oktober sei endgültig abgesagt. Artemis spielt jährlich drei Programme, die in 60 bis 70 Konzerten aufgeführt werden. Deshalb kann es den Ausfall auffangen. Außerdem haben alle Mitglieder ein weiteres Standbein: Sigl und Vineta Sareika bekleiden Teilprofessuren, Suyoen Kim ist Konzertmeisterin und Harriet Krüger Solistin. Finanziell beruhigend sei zudem ein gemeinsames Konto, sagt Sigl.



Ein Schatz aus Zellstoff: Klopapier-Graffiti von Eme Freethinker in Berlin

Das Ausweichen in die virtuellen Welten bietet zwar auch der Kultur neue Möglichkeiten, ist aber kein Allheilmittel. Beispiel Kunsthochschulen. Corona habe ihnen einen „digitalen Schub“ verliehen, sagt der Rektor an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Berlin (HfS), Holger Zebu Kluth. „Wir sind ganz schnell eine digitale Hochschule geworden.“ Mit Hilfe der Gelder, die der Berliner Senat zügig bereitstellte. Was sich an der Hochschule mit 244 Studierende reibungslos anhört, klingt an der Universität der Künste in Berlin (UdK), mit knapp 4.000 Studierenden eine der größten in Europa, holpriger: „Es gab eine Taskforce von etwa 70 Leuten, die versucht haben, das digitale Problem – Ausstattung der Unterrichtsräume, Plattformen, um Bewerbungsvideos herunterzuladen – zu lösen, was nur unbefriedigend gelungen ist“, schildert Hans Joachim Grei-

ner, langjähriger Professor für Bratsche. Dann kam der Lockdown an sämtlichen Hochschulen in Berlin und Online-Teaching musste funktionieren. Mit allen Chancen und Tücken: Ein Manko war die Aufnahmetechnik. Und das in einem Bereich, der von der Beurteilung des Klanges lebt. „Wenn der große Geiger Pinchas Zukerman im Internet zu hören ist, klingt es, als stünde er in deinem Zimmer“, sagt Greiner. Diese hochwertigen Mikrophone könnten sich Studierende jedoch nicht leisten. Als weitere Schwierigkeit zeigte sich, ständig darauf achten zu müssen, richtig im Bild zu stehen, um sich gegenseitig beobachten zu können. Hinzu kommt die immense Konzentration, die erforderlich sei. Online-Teaching sei nicht dasselbe wie Live-Unterricht, aber ein guter Ersatz, resümiert Greiner. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Kluth, der das Internet in einigen theoretischen Fächern sehr hilfreich findet. Galerist Heinrich hingegen hat das Internet als Ausstellungsfläche seit langem abgeschrieben und Corona lässt ihn nicht umdenken. Seine Kunden wollen Originale mit eigenen Augen sehen, „die Aura des Werkes spüren“.

**Neue Formate** Als neues Format hat der weltberühmte Thomanerchor in Leipzig Teil-Kantoreien eingeführt, um die Abstandsregeln zu befolgen: Jeweils 15 Sänger proben und konzertieren in dieser Formation. Für die „Kantorei-Tour 2020“ wurden nach Auskunft des Geschäftsführenden Leiters, Emanuel Scobel, alle Sänger auf Covid-19 getestet. Auslandstourneen nach Übersee werden derzeit nicht geplant. Im-

merhin darf in Sachsen gesungen werden, in Berlin aber nicht. Greiner ärgert sich über den Föderalismus an dieser Stelle, der es den Ländern erlaubt, eigene Wege zu gehen. Das macht sich im Live-Unterricht bemerkbar, der nach Ende des Lockdowns auch in Berlin wieder möglich ist. Die Abstandsregeln sehen so aus: 1,5 Meter für leises Sprechen, drei Meter fürs Brüllen, Singen verboten. „Man kann im Moment Monologe üben. Es ist eher die Zeit der Abschieds- als der Liebeszenen“, meint Hochschullektor Kluth. Für ihn ist es ein „Jammerspiel“, dass von den 110 Plätzen der Studiobühne gerade einmal 16 bis 25 Plätze besetzt werden dürfen. Das ist im Mendelssohn-Saal im Leipziger Gewandhaus ähnlich: Sigl erinnert sich an das Artemis-Konzert, bei dem gerade einmal 80 Personen zuhören durften. Eine Stunde Konzert, Saal-Desinfektion, zweieinhalb Stunden später Wiederholung des Konzerts für die nächsten 80 Zuhörer. „Die Pandemie ist für den Kulturbereich ein einziger, zurzeit nicht enden wollender Albtraum. Es wird wahrscheinlich noch für lange Zeit Einschränkungen geben, die besonders jene im Kulturbereich Tätige treffen, die für ein Publikum arbeiten“, bringt es der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, auf den Punkt.

Ganz unterschiedlich fallen die Bewertungen hinsichtlich des künstlerischen Schaffens aus. Die Corona-Krise fördere nicht die Kreativität in der Musikwelt, ist sich Eckart Hübner, Prodekan der Musik-Fakultät an der UdK sicher: „Sie ist nur zerstörerisch.“ Die Geschäftsführerin vom Deutschen Komponistenverband, Antje Müller, weiß von einigen Komponisten, dass sie in

eine Art „Schockstarre“ verfallen seien. Aber offensichtlich trifft das nicht auf alle zu. Die 24-jährige Musicalsängerin Linda Hartmann – bis Corona von der Oper Neukölln engagiert – bietet ihren Mezzosopran neuerdings im Internet an. Sie hört von jedem „zweiten Musikerfreund“, der Quarantäne-Songs fürs Internet schreibt. Und dann gibt es den Graffiti-Künstler Eme Freethinker, der die Corona-Krise augenzwinkernd in Szene setzt.

Für viele Kulturschaffende ist die Corona-Krise aber vor allem eine soziale. Bei der Künstlersozialkasse gingen zwischen März und Anfang Mai knapp 36.000 Anträge auf Anpassungen der jährlichen Einkommenschätzungen ein. Müller dringt auf Gerechtigkeit: „Die Kreativen in Deutschland fordern eine Gleichbehandlung mit anderen Soloselbstständigen wie Ärztinnen und Rechtsanwälten, die Unfallgarantien bis zu 90 Prozent des Jahresumsatzes 2019 bekommen. Schließlich zahlen Komponistinnen genauso Steuern.“ Hübner warnt: „Wir befinden uns in einer auch sozial dramatischen Krise für die Künstler und die Kunst. Jeder Ansatz, der versucht zu sagen, dass dies auch mal ganz gesund sein kann und neue Kräfte freisetzt, ist sehr gefährlich.“

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Pomp und Pathos trotz Corona: Proben für die große Militärparade zum 75. Jahrestag des Sieges über Hitlerdeutschland am 24. Juni in Moskau. Obwohl in der russischen Hauptstadt täglich etwa 1000 Neuinfektionen gemeldet wurden, öffneten zwei Wochen zuvor wieder die Geschäfte, gefolgt von Restaurants und Kindergärten.

© picture-alliance/Sergei Bobylev/TASS/dpa

# Angst vor der totalen Kontrolle

**OSTEUROPA** Das Virus trifft vielfach auf ein unvorbereitetes Gesundheitssystem und verstärkt autoritäre Strukturen

**A**usgerechnet die Regierung sorgt sich um meine Gesundheit? Die Dame lacht. Sie ist 90 Jahre alt, und ihr Gedächtnis funktioniert einwandfrei: „Die Regierung hat so viele Menschen verhaftet und vernichtet.“ Wie alle alten Menschen in Moskau durfte sie wegen der Corona-Pandemie wochenlang nicht vor die Tür. Um die Einhaltung der strikten Ausgehverbote zu kontrollieren, nutzen die russischen Behörden unter anderem Gesichtserkennung. Schon vor dem Virus waren zahlreiche Videokameras installiert worden; Oppositionelle befürchten, dass die Regierenden die Überwachungsmechanismen nach der Pandemie noch ausweiten, um Regimekritiker zu kontrollieren. Olga Korobzowa und ihr Mann leben im Zentrum von Moskau. Sie haben sich früh auf ihre Datscha im Umland zurückgezogen. Auch dort hatten sie Angst, auf Polizisten zu treffen. „Sie entscheiden oft willkürlich, wer das Recht hat, rauszugehen. Sie wollen Geld. Wie immer.“ Russland ist, wenn es um absolute Zahlen geht, eines der am schwersten vom Corona-Virus betroffenen Länder. Die WHO spricht von 4.910 Fällen pro einer Million Einwohner, Tendenz sinkend. Doch die Zahlen sind nicht zuverlässig. „Ich bin mir sicher, die Statistik in Russland ist viel zu niedrig“, sagt der russische Publizist Maxim Schewtschenko, der selbst an Covid-19 erkrankte. „Ich kenne viele Leute,

die schwer krank waren, und bei allen waren die Tests negativ. Wären wir gestorben, hätten sie in den Totenschein Lungenentzündung geschrieben.“ Besonders zu Beginn der Pandemie versuchte die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor, Informationen über Infektionen zu zensieren. So musste das Nachrichtenportal „Gorowit Magadan“ einen Bericht über einen Patienten löschen, der mit dem Verdacht auf Covid-19 im Krankenhaus gestorben war. Die Pandemie ist in Russland, wie in fast ganz Osteuropa, auf ein ohnehin überfordertes Gesundheitssystem getroffen. „Krankenhausaengestellte haben uns berichtet, dass gar nichts gemacht wurde“, erzählt Olga Korobzowa. „Es gab keine Masken, keine Desinfektion, nicht mal Seife auf der Toilette.“ Eine Erfahrung, die auch Schewtschenko gemacht hat: „Wenn schon ein Moskauer Krankenhaus in so einem schlechten Zustand ist, wie steht es dann erst um die Diagnostik in der Provinz?“ In sozialen Netzwerken kursieren Bilder von Doppelstockbetten, von Patienten, die ungeschützt in Mehrbettzimmern liegen. Schutzkleidung scheint es so gut wie nicht zu geben. Gesundheit ist in Russland, wie in den meisten Autokratien, eine Geldfrage. Die

Pandemie zeige die Defizite von Staaten und Gesellschaften deutlich, sagt Cristina Gherasimow von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Korruption ebenso wie nicht funktionierende Volkswirtschaften. Angesichts sinkender Währungskurse schrumpfen die ohnehin geringen Ersparnisse, Preise steigen. Renten und andere staatliche Zahlungen sind so gering, dass sie schon unter normalen Bedingungen nicht reichen.

**»Es gab keine Masken, keine Desinfektion, nicht mal Seife auf der Toilette.«**

Olga Korobzowa, Bewohnerin von Moskau

Irakli Absanadze ist einer der profiliertesten Journalisten in Georgien. Jeden Montag grillt er Politiker, Wirtschaftsleute und Funktionäre im Fernsehen. „Bisher hat unsere Regierung alles richtig gemacht“, erläutert er, macht sich aber trotzdem große Sorgen, denn „die Mehrheit der Georgier ist arm“. Er erzählt von einer alten Frau, die täglich vor dem Bahnhof der Hauptstadt Tiflis sitzt und selbstgestrickte Socken verkauft: „Wenn sie diese Socken wegen des Ausgehverbotes nicht verkaufen kann, hat sie kein Brot und bald wird sie den Strom nicht mehr bezahlen können.“ Frauen wie sie ließen sich nicht vorschreiben, zu Hause zu bleiben. „Entweder sie stirbt an Hunger oder an Corona. Hunger kennt sie.“ Dieses Problem bestimmt mittlerweile auch große Teile des Lebens in der Ukrai-

ne. Anfang Mai gab es in Kiew Demonstrationen unter dem Motto: „Die Quarantäne tötet.“ In diesem Zusammenhang sei auch die frühe Öffnung von Freiluftmärkten zu sehen, erläutert Cristina Gherasimow: „Es geschah, weil die Bauern unter sehr hohem Druck stehen, ihre Produkte zu verkaufen.“ Die Auflagen, die die Regierung dafür gemacht habe, seien nicht erfüllt worden. „Klar ist, die Spannungen in der Gesellschaft steigen.“

Damit wächst auch die Bereitschaft, an Mythen zu glauben, wie den, das Virus sei geschaffen worden, um die Weltbevölkerung zu verkleinern. Experten berichten, dass vor allem russische Medien so etwas in der Ukraine verbreiten würden. Besonders populär seien diese Ansichten in den besetzten Gebieten Luhansk und Donezk. Dort fehlen nach Angaben der dortigen Machthaber 6.000 Ärztinnen und Ärzte. Da junge Menschen den Landstrich verlassen haben, übernehmen häufig alte Ärzte und pensionierte Pflegekräfte die Versorgung. „Die Krankenhäuser sind nicht überfüllt, weil Menschen, die Symptome einer Covid-19-Infektion zeigen, zur Selbstisolation einfach nach Hause geschickt werden“, sagte Pawel Lysjanskij, der Vertreter der ukrainischen Ombudsfrau für Menschenrechte für den

Dobnass, im Deutschlandfunk. „Dass die Menschen sich daran halten, kontrolliert der Geheimdienst, Kranke bleiben ohne Versorgung.“ Der Krieg, den Russland in der Ukraine führt, erschwert den Kampf gegen die Pandemie nachhaltig. Fast kann man am Umgang mit der Pandemie den Grad der Demokratisierung eines Landes ablesen. So wurde in Armenien Ruben Melikyan, der Mitbegründer der Organisation „Rechtlicher Weg“, verhaftet, als er

**»Bisher hat unsere Regierung alles richtig gemacht.«**

Irakli Absanadze, Journalist aus Georgien

gegen die Verlängerung des Ausnahmezustandes protestierte. Er kam erst nach internationalen Protesten wieder frei. Neuerdings sind Telekommunikationsanbieter zudem verpflichtet, den Behörden Kundendaten zu geben. Die Unzufriedenheit in Armenien wachse beständig, zitieren armenische Medien den Oppositionspolitiker Gagik Zaruksjan. Dabei war in Armenien erst vor zwei Jahren eine Regierung unter der Führung des Journalisten Nikol Paschinjan angetreten, das Land zu demokratisieren. Viele Armenier kommen nun zu dem Schluss, Paschinjan wolle mit den Maßnahmen in Wirklichkeit die Opposition bekämpfen. Die Meldung, dass der Premierminister und seine Familie sich selbst mit dem Corona-Virus infiziert haben, wird von vielen als Ablenkungsmanöver

gesehen, besonders, weil die Familie bereits nach einer Woche als wieder gesund gemeldet wurde. In Aserbaidschan ist die Unterdrückung der Opposition längst Realität. Amnesty International kritisiert zum Beispiel, dass Betreiber von Internetseiten verpflichtet sind, „Falschinformationen“ zu unterbinden, und dass Einwohner per SMS eine Genehmigung zum Verlassen der Wohnung beantragen müssen. Staatschef Ilham Alijew, der 2003 das Amt von seinem Vater übernahm, rief bei seiner Rede zum Frühlingsfest Mitte März zur Bekämpfung des Virus auf und bezeichnete dabei die Opposition, so sie nicht kooperiere, als Verräter und fünfte Kolonne. Der Oppositionspolitiker Tofiq Yagublu, Mitglied im Rat der demokratischen Kräfte, wurde kurz darauf verhaftet. Die Anklage lautet Rowdytum. Der Menschenrechtsverteidiger Elcin Mammad wurde Ende März unter dem Vorwurf des Diebstahls festgenommen. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat kürzlich im Bundestag seine Sorge darüber geäußert, „wie die Krise das Autoritäre befördert“. Tatsächlich hat die Corona-Pandemie nicht nur die Reisefreiheit von Touristen eingeschränkt. Auch die Möglichkeiten von Parlamentariergruppen oder internationalen Journalisten, sich vor Ort ein Bild zu machen, ist zum Erliegen gekommen.

Thomas Franke

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
fazit-com@intime-media-services.de  
Telefon 089-8585 3832



## Verschleppte Reaktion

**EUROPA** Für gemeinsame Antworten hat die EU viel Zeit gebraucht. Zunächst dominierten nationale Reflexe

Wann genau hätte die EU merken müssen, was für eine gigantische Herausforderung mit der Corona-Pandemie auf sie zurollt? Als Ende Januar der erste Patient in Frankreich gemeldet wurde? Oder als Italien Ende Februar offiziell Hilfe anfragte, weil Gesichtsmasken und Schutzanzüge zur Neige gingen, dann aber kein einziges EU-Land reagierte? Es vergingen Monate, bis die Union bei der Bekämpfung der Krise eine bessere Figur abgab.

**Nationale Reflexe** Zunächst dominierten nationale Reflexe. Die Staaten schlossen ohne Absprachen mit den Nachbarn Grenzen und verboten, wie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), den Export von Masken und Schutzanzügen, als existiere in der EU kein Binnenmarkt, in dem der Handel mit Gütern ohne Hindernisse fließen soll. Im Rückblick lassen sich zahlreiche Faktoren erkennen, warum die 27 EU-Staaten so unkoordiniert auf die Pandemie reagierten.

So hat die Gemeinschaft im Bereich Gesundheit nur sehr eingeschränkte Kompetenzen. Dort, wo sie weisungsberechtigt ist, etwa beim Binnenmarkt, hat sie das auch getan. Damit wichtige Waren zwischen den Mitgliedstaaten transportiert werden können, wurden diese aufgefordert „Green Lanes“ an den Grenzen einzurichten, so dass Lebensmittel nicht im Stau stecken blieben. Ein weiteres Problem waren fehlende Daten. Ende Januar stufte das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) die Gefahr, dass sich Corona in Europa ausbreiten könnte, noch als „gering“ ein, weil sie schlicht nicht über ausreichend Daten verfügte. Das ECDC ist darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten ihre Daten schicken. Bis heute sind die Corona-Statistiken der EU-Länder nicht vergleichbar. Ein Land wie Belgien hat Tote, ohne zu testen, der Pandemie zugeschlagen. Luxemburg weist hohe Fallzahlen aus, weil dort sehr stark getestet wird.

Nicht zuletzt haben die chinesischen Propaganda-Aktionen die EU gezwungen, besser zu reagieren. Der chinesische Staat und Unternehmen wie der Internetgigant Alibaba lieferten Masken und Schutzanzüge in 23 EU-Länder. Die EU sendete im Rah-

men des EU-Katastrophenschutzverfahrens erst Anfang April Ärzte und Pfleger in die stark betroffenen Städte Italiens. Mitte April empfahl die EU-Kommission zudem, alle nicht unbedingt notwendigen Reisen für einen Monat zu verbieten – die Empfehlung wurde anschließend um einen Monat verlängert. Im Mai legte sie Empfehlungen für die Aufhebungen der Reisebeschränkungen vor. Daraufhin stimmten sich die Mitgliedstaaten bei ihrem Vorgehen wesentlich besser ab.

Im Juni hat die EU-Kommission eine Impfstoffstrategie vorgestellt, die helfen soll, binnen 12 bis 18 Monaten eine Impfung zu entwickeln, um die Pandemie dauerhaft einzudämmen. Zuvor hatte Brüssel auch schon Gelder aus dem Forschungsprogramm Horizon 2020 für die Corona-Forschung freigegeben.

**Streit um Aufbauprogramme** Weil die Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit zunächst so schleppend lief, hat sich Druck aufgebaut, die wirtschaftlichen Folgen von Corona gemeinsam zu bekämpfen. Ein Hilfspaket über 540 Milliarden Euro wurde bereits beschlossen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron haben Mitte Mai zudem einen Plan für ein Wiederauf-

baupakt von weiteren 500 Milliarden Euro vorgelegt. Dabei handelt es sich um einen Paradigmenwechsel, denn die EU soll zum ersten Mal in ihrer Geschichte in großem Stil Schulden aufnehmen, die in Form von Zuschüssen an die EU-Mitgliedstaaten fließen. Der Plan war die Grundlage für den Kommissionsvorschlag, den Präsidentin Ursula von der Leyen Ende Mai vorlegte. Dieser sieht insgesamt 750 Milliarden Euro vor, 250 Milliarden Euro davon als Darlehen.

**Nach keine Einigung** Über die Details herrscht noch keine Einigkeit. Manche Länder könnten nach den bisherigen Plänen bedeutende Zuschüsse erwarten. Nach den Berechnungen der EU-Kommission würden sich die Hilfen für Kroatien auf über 22 Prozent der Wirtschaftsleistung belaufen, auch Griechenland und Bulgarien können auf hohe Summen hoffen. Weil sie aber nicht unbedingt den Grad der Betroffenheit widerspiegeln, sind noch Auseinandersetzungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu erwarten. Bei Redaktionsschluss dauerte der EU-Gipfel, der sich mit diesem Thema befasst, noch an. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der Wirtschaftswoche in Brüssel.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





AUFGEKEHRT

**Virologe des Punkrocks**

**P**unk – das stand einmal für „Fuck the System“, Bier, bunte Haare und Chaos-Tage in Hannover. Heute singen Punks eine Ode auf einen deutschen Virologen. Vergangene Woche veröffentlichte die Berliner Band ZSK einen Song über Christian Drosten und das ist zumindest erklärungsbedürftig. Denn der Lockenkopf des Lockdown ist das personalisierte Kontaktverbot und die Spafsvollbremsung der viralen Gesellschaft. #stayathome und Händewaschen retten Leben – aber so haben doch früher auch die Eltern geredet, gegen die man doch immer noch rebelliert. Und mit einem punkigen Verständnis von Arbeitsethik wird man auch nicht zu einem weltweit gefragten Virologen.

Drosten ist für die Punker aber vor allem deshalb anschlussfähig, weil er sich mit der „Bild“ angelegt hatte. „Ich habe Besseres zu tun“, heißt der Song und so lautete auch der Kommentar des Virologen auf Twitter auf eine Anfrage aus der Redaktion, die sich an seiner Studie arbeitete.

Andere Ärzte aus Berlin, die aber keine Mediziner sind, hielten dem Blatt einst vor, es bestünde nur aus „Angst, Hass, Titten und dem Wetterbericht“, wie es in einem Song der Alt-Punker heißt. Deren langjährige Fans sind aber heute auch eher arriert als anarchistisch. In diesem tendenziell gutbürgerlichen SZ-Zeitaz-Biotop kommt Kritik am wutbürgerlichen Boulevard natürlich gut an. Und Drosten sowieso. Wie einst die Eltern für Dr. Brinkmann aus der Schwarzwaldklinik schwärmten, so tagträumten, glaubt man dem Internet, recht viele Menschen in Selbstquarantäne beim Hören des täglichen Podcasts des Virologen vor sich hin – Drosten-Fieber. Aber um mit den Ärzten (die Band) zu fragen: Ist das noch Punkrock? **Sören C. Reimer |**

**VOR 30 JAHREN...**

**Wiedergeburt der neuen Länder**

**22.7.1990: Volkskammer beschließt Länderereinführungsgesetz.** Wenn ein Parlament an einem Sonntag zusammentritt, muss der Anlass ein besonderer sein. Am 22. Juli 1990, einem Sonntag, tagte die DDR-Volkskammer. Auf der Agenda: die Wiedereinführung der Länder, die 1952 abgeschafft worden waren – um, wie es damals hieß, das alte, vom kaiserlichen Deutschland stammende föderale System aufzulösen zugunsten



**Umwandlung der DDR zum föderal gegliederten Bundesstaat**

eines Verwaltungsaufbaus im Sinne des „demokratischen Zentralismus“. 38 Jahre später sollten die Länder also als Grundlage eines geeinten Deutschlands wiedergeboren werden – im Wesentlichen in den Grenzen von 1952. Dennoch war bei einigen Kreisen die Landeszugehörigkeit umstritten. Außerdem wurde darüber debattiert, wo die Regierungen der neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ihren Sitz haben sollten. Und selbst über die Anzahl der neu zu bildenden Länder herrschte anfangs keine Einigkeit. So wurde auch über eine Struktur mit nur vier oder zwei Ländern nachgedacht. In der Nacht auf Montag verabschiedeten die Abgeordneten schließlich die Verfassungsänderung – die fünf Länder vorsah – mit der nötigen Zweidrittelmehrheit. Ursprünglich sollte das entsprechende Gesetz am 14. Oktober 1990 in Kraft treten. Im Einigungsvertrag wurde der Tag jedoch auf den 3. Oktober vorgezogen. Am Einheitsstag wurden auch der Ost- und der Westteil Berlins zusammgelegt. West-Berlin war vor 1990 offiziell kein Bundesland, faktisch galt es aber als solches. Das vereinigte Berlin war daher nicht Teil der „Neuen Länder“. **Benjamin Stahl |**

**ORTSTERMIN: DAS PAUL-EHRLICH-INSTITUT IN LANGEN**



**Das Paul-Ehrlich-Institut hat seinen Sitz im hessischen Langen. Unter Präsident Klaus Cichutek (kleines Bild) arbeiten hier rund 800 Mitarbeiter.**

**Sorgfalt vor Schnelligkeit**

Kittel, Überschuhe, doppelte Schutzkleidung: Wer in die Laboratorien der Schutzstufe drei im Paul-Ehrlich-Institut (PEI) im südhessischen Langen möchte, muss sich besonders schützen. Doppelter Unterdruck verhindert, dass gefährliche Partikel wie etwa HIV-Viren nach außen entweichen. Seit 1990 beheimatet die 38.000 Einwohner zählende Stadt in der Nähe von Frankfurt das PEI mit seinen zehn Abteilungen, Laboratorien und rund 800 Mitarbeitern. „Der Zugang zu wirksamen und sicheren Impfstoffen und biomedizinischen Arzneimitteln deckt einen grundlegenden menschlichen Bedarf – vergleichbar mit der Versorgung mit sauberem Trinkwasser“, erklärt PEI-Präsident Klaus Cichutek die Aufgabe des Bundesinstituts für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel (bis 2009: Bundesamt für Sera und Impfstoffe). Der TÜV für Impfstoffe und Sera für Mensch und Tier bewertet auch Allergenpräparate, Antikörper, Arzneimittel aus Blut und solche für neuartige Therapien sowie Gewebepreparationen. Auch hält das PEI Kontakt zu anderen

Arzneimittelbehörden und zur Weltgesundheitsorganisation und betätigt sich in der Forschung und wissenschaftlichen Beratung. Neben der Zulassung und Genehmigung von Geräten der Medizintechnik, Arzneimitteln und Impfstoffen in Deutschland genehmigt das Institut auch klinische Studien. So auch in der aktuellen Pandemie um den SARS-CoV-2-Erreger, in der sich die Wissenschaft einig ist, dass nur ein Impfstoff diese beenden kann. Als erstes Unternehmen in Deutschland erhielt das Mainzer Biopharma-Unternehmen BioNTech Ende April die Erlaubnis des Paul-Ehrlich-Instituts zu einer Studie für einen potenziellen Impfstoff an gesunden Freiwilligen. Mitte Juni folgte das grüne Licht für das Tübinger Biotech-Unternehmen CureVac. Das Tempo sei derzeit deutlich höher als bei anderen Impfstoff-Projekten, betont Cichutek. Das PEI habe aber große Erfahrung bei der Bewertung von Impfstoffen und auch wenn die schnelle Genehmigung das Ziel sei, warte dieselbe Sorgfalt wie sonst auch.

Es sei wichtig, mehrere verträgliche und wirksame Impfstoffe mit unterschiedlichen Eigenschaften zu entwickeln und die Kapazitäten rasch auszubauen, um den weltweiten Bedarf zu decken, sagt Cichutek. Er warte zudem ein bezahlbares Präparat „nahe am Selbstkostenpreis“. Benannt wurde das Institut und die Straße, in der es steht, nach seinem ersten Direktor, dem Mediziner Paul Ehrlich, der 1854 in Schlesien geboren wurde und 1908 für seine Arbeiten in der Immunologie den Nobelpreis für Medizin erhielt. Ehrlich unterschied durch seine Färbemethode verschiedene Arten von Blutzellen, sodass die Diagnose zahlreicher Blutkrankheiten möglich wurde. Zudem gilt er als Begründer der modernen Chemotherapie. Ehrlich wurde 1896 Direktor des neu gegründeten Instituts für Serumforschung und -prüfung in Berlin-Steglitz. 1899 siedelte das Institut nach Frankfurt in das Königliche Institut für experimentelle Therapie um, bevor 1987 die ersten Mitarbeiter in den Neubau nach Langen umzogen. **Lisa Brüßler |**

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 23-25 vom 2. Juni 2020, „Seehofer wehrt sich“ auf Seite 11:** An die selbstgefälligen, oft sogar arroganten Medienauftritte des amtierenden Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) hat man sich ja schon fast gewöhnt – so auch im PKW-Maut-Untersuchungsausschuss. Aber woher kommt seine Geringschätzung für den Rest der Republik (außerhalb des sakrosankten „Bayernplans“), seine Verachtung gegenüber Grundprinzipien der Demokratie und erst recht gegenüber der Europäischen Union? Anders gefragt: Wer schützt unsere Verfassung vor einem solchen Verfassungsminister?  
**Thomas Fuchs, Bielebeheim**

**Zur selben Ausgabe, „Zank um die Kontrolle“ auf Seite 6:** Die Folgen der Entscheidung zur „Ausland-

Ausland-Fernmeldeaufklärung“ durch den Bundesnachrichtendienst sind komplexer als die Fragen eines „Wie?“ und „Durch wen?“ künftiger Kontrolle. Denn zum ersten Mal ist hier klar erkannt: Exekutives Handeln unterliegt auch im Ausland den rechtsstaatlichen Mindestanforderungen nach Artikel 19 Grundgesetz. Genauer: Grundrechtseingriffe sind vorab zu normieren, dabei ist jedes Grundrecht klar auszuweisen. Wenn diese Garantie für das Telekommunikationsgeheimnis und für die Pressefreiheit zu trifft, dann sollte sie umso mehr für einen existenziellen, alle anderen Rechte erst ermöglichenden Status wie für das Lebensrecht gelten. Auswärtige Gewalt müsste dann insgesamt in dieser Qualität eingeeht sein. Zumindest aber bräuchte es eine klarstellende Interpretation, die das Streitkräfte-Urteil von 1994 – das Artikel 19 nicht einmal erwähnt – und

das Aufklärungs-Urteil von 2020 untereinander kompatibel gestalten müsste.  
**Karl Ulrich Voss, Burscheid**

**Zur Debattendokumentation der Ausgabe 26-27 vom 22. Juni 2020 auf Seite 9:** Der AfD-Abgeordnete Robby Schlund behauptet, dass es in Deutschland ohne einen Lockdown weniger Todesfälle als mit dieser Einschränkung gegeben hätte. Er führt aus, dass auch die Fläche des Landes und die Bevölkerungsdichte eine entscheidende Rolle spielen. Der angestellte Vergleich zwischen Deutschland und Schweden ist jedoch mathematisch falsch, weil sich für Schweden der Wert 0,0121 bei 56.000 Infizierten auf 10,3 Millionen Einwohner bei einer Fläche von 447.000 Quadratkilometern errechnet. Für Deutschland ergibt

sich mit 0,0064 bei 191.000 Infizierten bei 83 Millionen Einwohnern bei einer Fläche von 357.000 Quadratkilometern ein halb so hoher Wert. Bei der gesamten Betrachtung hat Herr Schlund zudem unterschlagen, dass die Toderate in Schweden knapp fünfmal so hoch ist. Wer eine eigene Statistik veröffentlicht, sollte mindestens Annahmen auswählen, die diese mathematisch bestätigen und zeigen, dass die Grundrechenarten beherrscht.  
**Siegfried Möller Solms**

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

**Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de**

**Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.**

**Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 10. August.**

**VERSTORBEN**

**>Klaus Francke †  
Bundestagsabgeordneter 1976-1998, 2001-2002, CDU**  
Am 28. Juni starb Klaus Francke im Alter von 83 Jahren. Der kaufmännische Angestellte aus Hamburg, CDU-Mitglied seit 1956, war von 1962 bis 1976 Mitglied der Bezirksversammlung Wandsbek und gehörte von 1966 bis 1978 der Hamburger Bürgerschaft an. Im Bundestag engagierte er sich im Verteidigungsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss.

**>Heinrich Fink †  
Bundestagsabgeordneter 1998-2002, PDS**  
Heinrich Fink starb am 1. Juli im Alter von 85 Jahren. Der protestantische Geistliche und Universitätsprofessor aus Berlin, der als Parteiloser über die PDS-Landesliste Mecklenburg-Vorpommern in den Bundestag gewählt wurde, gehörte dem Kulturausschuss an und war kultur- sowie wissenschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. **bmh |**

**PERSONALIA**

**>Lothar Mark  
Bundestagsabgeordneter 1998-2009, SPD**  
Am 27. Juli begeht Lothar Mark seinen 75. Geburtstag. Der Studiendirektor aus Mannheim wurde 1970 SPD-Mitglied, gehörte von 1975 bis 1989 dem dortigen Gemeinderat an und war von 1989 bis 1998 Bürgermeister seiner Heimatstadt. Mark, stets Direktkandidat des Wahlkreises Mannheim I, arbeitete im Auswärtigen Ausschuss sowie im Haushaltsausschuss mit.

**>Hellmut Königshaus  
Bundestagsabgeordneter 2004-2010, FDP**  
Am 28. Juli wird Hellmut Königshaus 70 Jahre alt. Der Jurist aus Berlin schloss sich 1985 der FDP an, wurde 1995 Beisitzer im dortigen Landesvorstand und war von 1996 bis 1997 stellvertretender Landesvorsitzender. Im Bundestag wirkte Königshaus im Forschungsausschuss, im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie im Verteidigungsausschuss mit. Von 2010 bis 2015 amtierte er als Wehrbeauftragter.

**>Rudolf Herbers  
Bundestagsabgeordneter 1976, SPD**  
Am 29. Juli vollendet Rudolf Herbers sein 85. Lebensjahr. Der Redakteur aus Hamburg schloss sich 1965 der SPD an. Von 1966 bis 1974 war er Gemeinderat in Großhansdorf/Kreis Stormarn. Herbers rückte im Mai 1976 in den Bundestag nach.

**>Edith Niehuis  
Bundestagsabgeordnete 1987-2002, SPD**  
Edith Niehuis wird am 2. August 70 Jahre alt. Die Diplom-Pädagogin aus Nörten-Hardenberg trat 1972 der SPD bei und gehörte von 1987 bis 2001 dem Bezirksvorstand Hannover an. Im Bundestag engagierte sich die Direktkandidatin des Wahlkreises Nörten-Osterrade in den Ausschüssen für Frauen und Jugend sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, an deren Spitze sie von 1990 bis 1998 stand. Von 1988 bis 2002 amtierte sie als Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin.

**>Alfred Sauter  
Bundestagsabgeordneter 1980-1988, CSU**  
Am 3. August begeht Alfred Sauter seinen 70. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus München war von 1989 bis 1999 Mitglied des CSU-ParteiVorstands und gehört diesem sowie dem CSU-Präsidium wieder seit 2014 an. Im Bundestag arbeitete Sauter im Ausschuss für Wahlprüfung sowie im Rechtsausschuss mit. Von 1988 bis 1998 gehörte er als Staatssekretär der bayerischen Staatsregierung an. 1998/99 war er Justizminister. Seit 1990 ist Sauter Mitglied des Landtags in München.

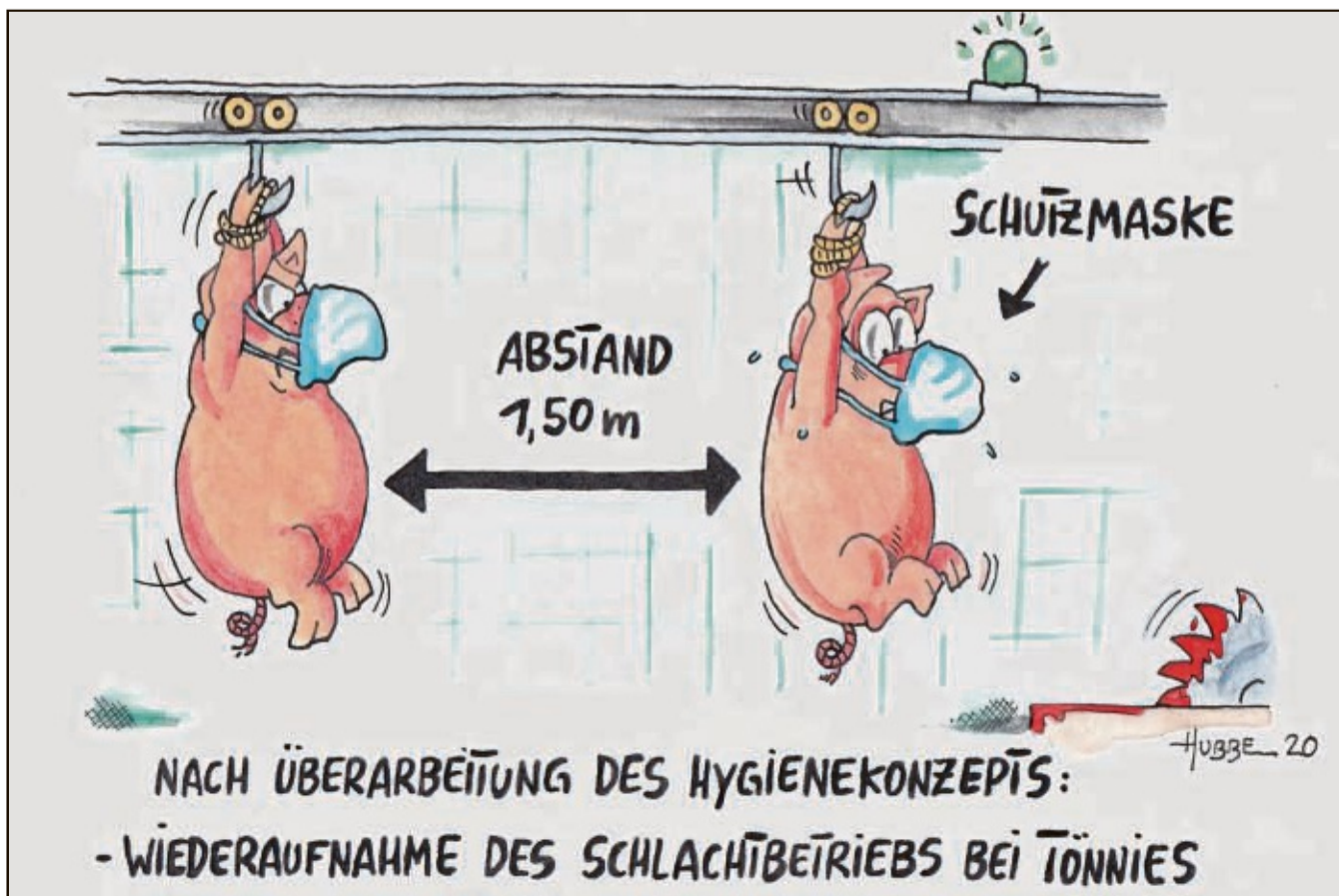
**>Sabine Kaspereit  
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD**  
Sabine Kaspereit wird am 4. August 75 Jahre alt. Die Zahnärztin aus Weilbäfeld, SPD-Mitglied seit 1990, gehörte von 1992 bis 1994 dem Landesvorstand in Sachsen-Anhalt an. Im Bundestag saß Kaspereit, seit 1998 stellvertretende Fraktionsvorsitzende, im Wirtschaftsausschuss und war von 1998 bis 2002 Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses und des Vermittlungsausschusses.

**>Norbert Gansel  
Bundestagsabgeordneter 1972-1997, SPD**  
Norbert Gansel vollendet am 5. August sein 80. Lebensjahr. Der Jurist aus Kiel trat 1965 der SPD bei, war von 1968 bis 1991 sowie von 1997 bis 2000 Mitglied des Parteirats und stand von 1987 bis 1991 an dessen Spitze. Von 1991 bis 1995 gehörte er dem SPD-Parteivorstand an. Gansel, stets Kieler Direktkandidat, wirkte von 1972 bis 1980 im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und von 1980 bis 1997 im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1983 bis 1987 war er Mitglied des Europarats und der WEU. Von 1997 bis 2003 amtierte er als Oberbürgermeister von Kiel.

**>Horst Ginnuttis  
Bundestagsabgeordneter 1980-1983, SPD**  
Am 9. August wird Horst Ginnuttis 80 Jahre alt. Der Verwaltungsbeamte aus Hückelhoven/Kreis Heinsberg schloss sich 1964 der SPD an und gehörte von 1975 bis 1983 dem Bezirksvorstand Mittelrhein an. Ginnuttis wirkte im Ausschuss im Arbeits- sowie im Petitionsausschuss mit. Von 1990 bis 1999 war er Stadtdirektor von Hückelhoven.

**>Volker Hauff  
Bundestagsabgeordneter 1969-1989, SPD**  
Am 9. August begeht Volker Hauff seinen 80. Geburtstag. Der Volkswirt aus Esslingen trat 1959 der SPD bei und gehörte von 1979 bis 1991 dem Bundestag an. 1972 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesforschungsminister. 1978 übertrug ihm Bundeskanzler Schmidt das Ressort und berief ihn 1980 zum Bundesverkehrsminister. Von 1982 bis 1988 war er stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion. Hauff machte sich einen Namen als Experte in Technologie- und Umweltfragen. Von 1989 bis 1991 war er in Frankfurt (Main) Oberbürgermeister. **bmh |**

**SEITENBLICKE**



**Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper**

leicht  
erklärt!

# Die WHO

## Was ist die Welt-Gesundheits-Organisation?



# World Health Organization



Im folgenden Text geht es um die Welt-Gesundheits-Organisation.

Um folgende Fragen geht es zum Beispiel:

- Was ist die Welt-Gesundheits-Organisation?
- Was hat sie mit Corona zu tun?
- Welche Probleme hat sie?

### Was ist die Welt-Gesundheits-Organisation?

Die Welt-Gesundheits-Organisation ist eine Art Behörde.

Und zwar eine Behörde der Vereinten Nationen.



Die Vereinten Nationen sind eine Gruppe von Ländern. Zu ihr gehören fast alle Länder auf der Welt.

Sie haben sich zusammengeschlossen, um besser miteinander arbeiten zu können.



Die Welt-Gesundheits-Organisation beschäftigt sich mit der Gesundheit auf der Welt.

Auf Englisch heißt sie: **World Health Organization**. Das spricht man ungefähr so: Wörl Hells Orgeneisäischen.

Von diesem Namen kommt auch die Abkürzung: WHO.

Im weiteren Text steht also immer wieder WHO.

Damit ist dann die Welt-Gesundheits-Organisation gemeint.

### Was macht die WHO?

Die WHO hat ein Haupt-Ziel: Sie will dabei helfen, dass die Menschen in allen Ländern auf der Welt möglichst gesund leben können.

Dabei bedeutet Gesundheit nicht nur, dass jemand keine Krankheiten oder Ähnliches hat.

Gesundheit bedeutet für die WHO: Jemandem geht es körperlich, geistig und im Zusammen-Leben mit anderen Menschen vollkommen gut.



## Wie will die WHO das schaffen?

Die WHO macht ganz unterschiedliche Dinge, um die Ziele zu erreichen.

Zum Beispiel:

### Infos sammeln

Die WHO sammelt Infos über die Gesundheit auf der Welt.

Diese Infos gibt sie dann an alle Interessierten weiter. Zum Beispiel in einem Bericht, der jedes Jahr erscheint.

Mit diesen Infos können Länder dann ihre Gesundheits-Versorgung verbessern.



### Liste mit Krankheiten

Die WHO hat eine Liste mit Krankheiten zusammengestellt. Sie hat den Namen: ICD.

Darin kann man zum Beispiel nachlesen, welche Anzeichen zu einer bestimmten Krankheit gehören.

Die Liste wird auf der ganzen Welt verwendet.

Dadurch können Ärzte auf der ganzen Welt Krankheiten auf ähnliche Weise feststellen.

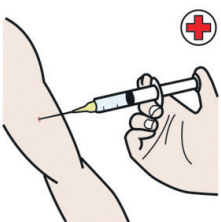


### Impfungen

Die WHO kümmert sich um weltweite Impfungen.

Sie sorgt also dafür, dass auf der ganzen Welt Menschen gegen bestimmte Krankheiten geimpft werden können.

Besonders auch in ärmeren Ländern.



### Info-Veranstaltungen

Die WHO macht immer wieder Veranstaltungen.

So sorgt sie dafür, dass Menschen auf der ganzen Welt besser über Gesundheit Bescheid wissen.



## Große Erfolge

Besonders große Erfolge hat die WHO im Kampf gegen Krankheiten, die von Viren, Bakterien oder Pilzen ausgelöst werden.

Der größte Erfolg war der Kampf gegen eine Krankheit namens Pocken.

Die WHO hat weltweite Impfungen gegen diese Krankheit gestartet.

10 Jahre lang wurden auf der ganzen Welt Menschen geimpft.

Im Jahr 1978 hatte zum letzten Mal ein Mensch Pocken.

Im Jahr 1980 hat die WHO dann gesagt: Die Pocken sind besiegt.



## Wer bezahlt die WHO?

Die WHO bekommt ihr Geld aus 2 unterschiedlichen Quellen.

### 1. Zahlungen der WHO-Mitglieder

Jedes Land, das Mitglied in der WHO ist, muss pro Jahr einen Beitrag zahlen.

Reichere Länder und Länder mit mehr Einwohnern zahlen mehr. Ärmere Länder und Länder mit weniger Einwohnern zahlen weniger.

Diese Beiträge machen aber nur einen kleinen Teil des Geldes der WHO aus. Und zwar ungefähr ein Viertel. Also etwa 25 Prozent.

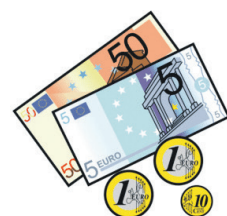


### 2. Freiwillige Spenden

Mehr Geld bekommt die WHO von freiwilligen Spendern.

Das können die Länder sein, die Mitglied in der WHO sind. Die können also der WHO neben ihrem Beitrag auch noch mehr Geld geben.

Außerdem bekommt die WHO Spenden von unterschiedlichen Gruppen. Zum Beispiel von Firmen oder Vereinen.



## Die WHO und Corona



Auch in der Corona-Krise hat die WHO wichtige Aufgaben.

Zum Beispiel:

### Bewertung



Die WHO bewertet, wie ernst die Corona-Krise ist.

Am 30. Januar 2020 hat sie zum Beispiel gesagt: Corona ist eine Notlage, die mehrere Länder auf der Welt bedroht.

Am 11. März hat die WHO dann gesagt: Corona ist inzwischen zu einer Pandemie geworden.

Mit dem Wort „Pandemie“ beschreibt man eine Krankheit, die sich auf der ganzen Welt ausgebreitet hat.

Viele Länder haben besondere Pläne für Pandemien.

In diesen Plänen steht, was bei einer Pandemie zu tun ist.

Diese Pläne werden durchgeführt, wenn die WHO sagt, dass es eine Pandemie gibt.

Die Bewertung durch die WHO ist wichtig.

So kann man besser entscheiden, was man gegen eine Krankheit tun muss.

### Zusammen-Arbeit von Ländern



Die WHO sorgt dafür, dass Länder besser zusammenarbeiten.

Zum Beispiel bei der Suche nach Medizin und einem Impf-Stoff.

Die WHO hat auch ein Projekt gestartet.

Dabei sollen in verschiedenen Ländern Medikamente getestet werden.

Es soll geschaut werden, ob sie gegen Corona helfen.

## Meinungen über die WHO

Die WHO ist eine wichtige Behörde.

Und sie hat viel für die Gesundheit auf der Welt getan.



Aber es gibt auch immer wieder Dinge, über die sich Leute beschweren.

Auch jetzt in der Corona-Krise ist das so.

Dabei geht es häufig um China.

In China ist das Corona-Virus zuerst aufgetaucht.

Die WHO hat sich die Situation in China im Januar angeschaut.

Danach hat sie China sehr gelobt. Sie hat gesagt: Die chinesische Regierung macht sehr viel, um die Ausbreitung des Virus zu vermeiden.

Und die Regierung teilt viele Infos, die sie über das Virus hat.

Heute weiß man: China hat am Anfang viele Dinge geheim gehalten. Auch darum konnte sich das Virus auf der Welt ausbreiten.

Die Leute sagen:

Die WHO hat zu sehr das gesagt, was China hören wollte.

Sie hätte genauer sagen müssen, was in China passiert.

## Großes Problem: Das Geld



Viele Experten sagen:

Der wichtigste Grund für Probleme bei der WHO ist das Geld.

Denn: Die WHO bekommt das meiste Geld durch freiwillige Spenden von verschiedenen Ländern und Gruppen.

Dadurch können diese bei der WHO mitentscheiden.

Sie können nämlich sagen, wofür das Geld genutzt werden soll.



Und vielleicht können sie der WHO auch drohen.

Denn sie können immer sagen: Wenn die WHO etwas macht, das ihnen nicht gefällt, dann zahlen sie keine Spenden mehr.

Manche Leute sagen: Auf diese Weise kann auch China die WHO beeinflussen.

Und auch andere Gruppen.

Zum Beispiel Firmen aus dem Gesundheits-Bereich. Das sind beispielsweise Firmen, die Medizin herstellen.

Die wollen vielleicht, dass die WHO Entscheidungen trifft, die gut für die Firmen sind.

Man kann also sagen:

Die WHO bekommt freiwillige Spenden von vielen Ländern und Gruppen.

Und die wollen dann bei der WHO mitentscheiden.

Die WHO kann darum bei vielen Dingen nicht selbst entscheiden.

### Was kann man dagegen tun?

Viele Menschen sagen:

Die WHO darf nicht auf freiwillige Spenden angewiesen sein.

Die Länder, die Mitglied in der WHO sind, müssten viel höhere Beiträge zahlen.

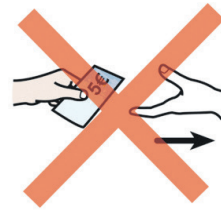
Außerdem müsste die WHO selbst entscheiden, wofür sie das Geld ausgibt.

Dann könnte sich die WHO sicher sein, immer genug Geld zu haben. Es wäre egal, welche Entscheidungen sie trifft.

### USA treten aus

Besonders die USA waren in den letzten Monaten unzufrieden mit der Arbeit der WHO.

Vor ein paar Wochen haben die USA dann gesagt: Sie werden aus der WHO austreten.



Dann werden die USA auch kein Geld mehr an die WHO zahlen.

Das ist ein großes Problem.

Denn: Von niemandem bekommt die WHO so viel Geld wie von den USA.

Wenn dieses Geld nun fehlt, können andere Geld-Geber die WHO vielleicht noch mehr beeinflussen.

Die USA wollen nächstes Jahr austreten.

### Zusammen-Fassung



Die WHO ist eine wichtige Behörde.

Es gibt sie schon seit über 70 Jahren.

Und in dieser Zeit hat sie viel für die Gesundheit auf der Welt erreicht.

Auch in der Corona-Krise ist die WHO wichtig.

Aber:

Es gibt auch einige Probleme mit der WHO.

Diese Probleme haben vor allem mit der Frage zu tun, woher die WHO ihr Geld bekommt.

Man sollte jetzt schauen, ob man diese Probleme lösen kann.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichtenwerk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / ZB, Fotograf: Sascha Steinach. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 30-32/2020  
Die nächste Ausgabe erscheint am 10. August 2020.

